

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Pfg., wöchentlich 28 Pfg. per 1/4 Jahr. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit Inhalt, Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,20 Mark Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. Einzelne in der Post-Zeitungs-Verkaufsstelle für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz-Anschluß Juni 1. Nr. 4186.

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. März 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die „Belastung“ des preussischen Kohlenbergbaues.

Nachdem die preussischen Agrarier das „Schreien“ als Parole ausgegeben haben, dürfen die preussischen Kohlenbarone doch nicht ruhig sein. Sie könnten sonst des süßen Genusses reichlichen Profits zu verdächtig werden. Die preussischen Kohlenbarone schreiben also auch, und zwar tüchtig. Sie veröffentlichen soeben in ihrem Zehnenorgan, dem Essener „Südau“, durch den unseren Lesern wohlbestimmten Generalsekretär Reimann-Grone eine Riesentabelle über die „Belastung des preussischen Bergbaues“. Belastung nennen die Herren die öffentlich-rechtlichen Abgaben, für welche ihnen der Staat unumschränkte Ausbeutungsfreiheit gewährleistet, Ausbeutung der Kohlengruben, Ausbeutung der Arbeiter und Schutz vor den „Begehrlichkeiten“ der letzteren durch Polizei und Soldaten. Wenn die Abgaben für diese Ausbeutungsfreiheit sich nicht mehr lohnten, so wären die Kohlenbarone die Ersten, welche streikten und den Kohlenabbau sein ließen, wo er ohne sie auch wäre. Unter diesem Gesichtspunkte muß man folgende Angaben der funkelneulernen Statistik betrachten.

Der Generalsekretär der Herren hat herausgerechnet, daß sie im Jahre 1891 an Bergwerks-, Kommunal- und „sonstigen“ Abgaben (was die „sonstigen“ eigentlich sind, wird nicht gesagt) etwa 12 Millionen Mark, für die drei Arbeiterversicherungen etwa 25 Millionen Mark zahlten, im Ganzen also ca. 37 Millionen „Belastung“ zu tragen hatten; er rechnet dann noch 4,2 Millionen Einkommensteuer, die eigentlich erst 1892/93 fällig wären, hinzu, und kommt auf diese Weise zu einer Gesamtbelastungs-Summe von 41,4 Millionen im Jahre 1891 bzw. 1892/93 für den preussischen Bergbau. Wenn diese Summe richtig ist, worüber gleich noch zu reden sein wird — welchen Profit müssen dann die Kohlenbarone aus dem preussischen Bergbau heraus schlagen; das muß ja in die Milliarden gehen und geht auch so hoch. Die lumpigen 41 Millionen sind sicher nur eine verschwindende Mistopramie, die das Ausbeutertum an den christlich-sozialen Staat zahlt. Rechenkunststückchen, wie dasjenige, daß die 41 Millionen die 4,1prozentige Verzinsung eines Kapitals von 1000 Millionen darstellen und daß deshalb „eine Milliarde von dem in den preussischen Bergbau gesteckten Kapital abzubuchen“ sei, versagen demgegenüber nicht. Die aufgezählten Abgaben werden aus den laufenden Betriebseinnahmen und aus dem Mehrwert gezahlt, welchen die Kohlenbarone aus ihren Arbeitern herauspressen. Sie haben gar kein Recht, ein Kapital für die Abgaben zu rechnen und dieses riesenhafte Kapital sich dann abzuschreiben. Wenn sie es den Arbeitern abschrieben, aus deren Schweiß zum größten Teil die Einnahmen der Herren fließen, dann wäre es recht; die oben angeführte „Abbuchung“ aber ist die reine kapitalistische Fäulerei. Diese Fäulerei scheint übrigens auch einer

ganzen Anzahl von Unternehmern und Zechenbesitzern zu weit gegangen zu sein. Diese haben wohl den Anflug vorausgesehen und gar keine Angaben über ihre „Belastung“ gemacht. Für diese sind die Zahlen „Schätzungsweise“ oder nach sonstigen Quellen des — Arbeiters eingeseht, der sich bitter über die „bellagenswerthe Gleichgiltigkeit“ der Zechen beschwert. Nun — wem's schlecht geht, der ist gewöhnlich nicht „bellagenswerth gleichgiltig“, und so bestätigt diese Angabe des eifrigen Generalsekretärs nur, daß sich die Kohlenzechen trotz aller „Belastung“ sehr wohl fühlen, und ihre Aktionäre mit. An einer anderen Stelle heißt es noch, daß „weit mehr als die Hälfte der Zechen zuverlässige Angaben“ machten. Die andere Hälfte machte also unzuverlässige? Und mit solch' einer Statistik will man die Gesetzgebung beeinflussen? Das ist ja ganz nach berühmten offiziellen Mustern!

Aber wir haben oben noch mit anderer Absicht gesagt: „Wenn diese Summen richtig sind.“ Sie sind nämlich nicht bloß unzuverlässig, sondern direkt zum Zwecke einer Täuschung zusammengestellt: in den 25 Millionen Ausgaben für Arbeiterversicherung stecken nicht weniger als ca. 10 Millionen Beiträge der Arbeiter zur Knappschafts- (Kranken-) sowie Invaliditäts- und Altersversicherung. Diese „Groschen“ der Arbeiter, die von deren saurem Verdienste abgezogen werden, haben die Herren Kohlenbarone bzw. deren Generalsekretär die Unverschämtheit, sich auf ihrem Konto „abzubuchen“! So macht man Statistik, allerdings Unternehmerstatistik! Und zwar sind bei der Knappschaft die Beiträge der preussischen Bergarbeiter sogar höher als diejenigen der Unternehmer (8,9 Mill. gegen 7,6 Millionen im Jahre 1891), bei der Invaliditäts- und Altersversicherung genau so hoch, wie diejenigen der Kohlenbarone (1,4 Millionen bei den Zechen, die Auskünfte gaben). Und mit solchen Zahlen wagen die Unternehmer ein Klagegeld anzustimmen! Die richtige Berechnungsart wäre doch die, daß festgestellt würde, wieviel die Unternehmer und die Arbeiter, jede Klasse von ihrem Einkommen, für Versicherung zc. hergeben müssen. Wie verschwindend würde dann die Summe bei den Unternehmern ausfallen, und wie hoch bei den Arbeitern.

Die Statistik bezieht sich auf 243 849 Arbeiter, die mehr als 10 Millionen Mark Versicherungsbeiträge im vorletzten Jahre aufbrachten, also rund 41 M. pro Kopf. Das ist ein doppelter Wochenverdienst für die meisten Arbeiter; für den Unternehmer eine Summe, die er gelegentlich an einem Abend für ein gutes Souper im Freundeskreis ausgiebt. Wenn man ferner bedenkt, daß die künstlich aufgemachte Statistik auf der einen Seite schon 4,2 Millionen Einkommensteuer (wie ist diese Summe übrigens festgestellt?) von 1892/93 mitberechnet, während sie die künftig in Wegfall kommende Bergwerkssteuer (7,5 Mill.) ruhig hinzuzählt, so kommt man zu dem Resultate, daß an eigentlicher „Belastung“ der Kohlenbarone eine im Verhältnis zu

ihren färslichen Einkünften so lächerlich geringe Summe übrig bleibt, daß man die Freibeit bewundern muß, mit welcher die Herren Mittelid für ihre Lage zu erwecken versuchen.

Ihr Generalsekretär schließt seinen Kommentar zu der Zehnenstatistik mit den Sätzen: „Rein anderes deutsches Gewerbe kennt auch nur annähernd eine solche Belastung. Seine Beurteilung muß die Industrie der Gerechtigkeit der öffentlichen Meinung überlassen.“ Ja, es ist gut, daß es doch noch eine von den Herren Kohlenbaronen unabhängige öffentliche Meinung giebt. Diese öffentliche Meinung kann ruhig sagen, daß die Sache der preussischen Zechenbarone, die von einer unentzähligen „Belastung“ sprechen wollen, ungefähr gerade so schlecht ist, als das Deutsch der Schlusssätze ihres Generalsekretärs. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März.

**Antliche Stimmungsmache.** Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, petitioniren die Arbeiter der Spandauer Militärwerkstätten in der üblichen Weise für Annahme der Militärvorlage. Es versteht sich am Rande, daß diese Petition ein unwichtiges Ergebnis des eigenen Entschlusses jener Arbeiter ist. Oder wäre jemand so lasterhaft zu glauben, diese Kundgebung sei nicht aus freien Stücken von eben denen ins Werk gesetzt, auf denen als Angehörigen der Arbeiterklasse die Hauptlast des neuen Moloch-Opfers ruhen wird? Nein, dieses Gejuch um Steigerung der Heereslasten, um Erhöhung des Drucks der indirekten Steuern ist so spontan, wie ihrer Zeit die Arbeitergaben zur Bismarck-Spende. Wer's nicht glaubt, dem wird der scheidende Spitz, Generalleutnant und Bevollmächtigter beim Bundesrat, den Kopf schon zurechtsetzen, wenn er überhaupt fähig ist, sich befehlen zu lassen. — Die ultra-montane „Trierer Landeszeitung“ schreibt: „Viele Eisenbahnbeamte klagen über die Art und Weise, wie ihnen die Petition zu gunsten der Militärvorlage zur Unterschrift unterbreitet wird. Es wird uns versichert, daß sehr viele Beamte gegen ihren Willen und nur deshalb unterschreiben, weil sie im anderen Falle Unannehmlichkeiten befürchten.“ Die hier erwähnte Petition ist, wie berichtet wird, mit 1520 Unterschriften versehen — etwa so viele Beamte giebt es in Trier — an den Reichstag abgegangen. Wie viele Hundert der vorstehend gekennzeichneten Braung unterschrieben, fragt die „Germania“, mögen sich darunter befinden? —

**Der Reichskanzler,** so lesen wir in der „Freis. Btg.“, hat am Dienstag Konferenzen mit Mitgliedern verschiedener Parteien (Auch der freisinnige Dinge war dabei. A. d. B.)

### Feuilleton.

nachdruck verboten.)

(40)

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Als sie außerhalb des Thores waren, nickten sie sich eilig ein Lebewohl zu, ohne auch nur einen Blick auszutauschen. Sie wußten nicht, ob sie einander je wieder sehen würden. Aber jeder war in diesem Moment von der Aufgabe, die ihm bei dem Werk zugefallen, ganz erfüllt. Sie wandten sich verschiedenen Richtungen zu, da sie verschiedene Punkte einzunehmen hatten, bevor sie sich den andern anschlossen.

In zehn Minuten erreichte Andrej einen kleinen, abseits gelegenen Platz, auf welchem früher Märkte abgehalten wurden und von dem aus nicht sehr weit zur Allee war. Watajko, der dort als Wächter angestellt war, besand sich bereits auf seinem Posten. Er hatte soeben den Wagen, der ihn hergeführt hatte, fortgeschickt und war in einer schmalen aufsteigenden Gasse, welche den Platz mit der Allee verband, verschwunden. Da Watajko in der Mitte der Gasse stand, konnte er alles übersehen und auch von beiden Enden gesehen werden, so daß er alle Signale von der Allee her Andrej übermitteln konnte.

Als Andrej die Mündung der Gasse durchtritt, sah er die Wache an ihrem Posten. Sie gab ihm ein Signal, daß die

Gefangenen noch nicht außerhalb der Festungsthore waren. Watajko, den Andrej nicht sehen konnte, besand sich schon an dem andern Ende der Gasse auf seinem Posten und empfing von der Wachenlinie, die sich bis zum Gefängnisplatz erstreckte, Signale. Andrej stieg ab und führte sein Pferd am Zügel um den Platz herum, als ob er es nur ein wenig spazieren führte. Ein bewegungsloser Reiter wäre ein zu ungewöhnlicher Anblick gewesen, um nicht die Aufmerksamkeit zu erregen. Unter dem Hemde des kurzen russischen Bauernrodes, den er trug, ließen sich die Waffen leicht verbergen. Als er die Gasse passierte, welche zu der Allee führte, sah er Watajko an seinem Posten. Den Filzhut hatte er noch auf dem Kopfe, ein Zeichen, daß die Gefangenen sich noch innerhalb der Gefängnismauern befanden. In demselben Moment nahm aber Watajko die Mähe ab und stand, einen Strohhalm von derselben abzuspinnend, barhäuptig da. Andrej's Herz pochte; die Gefangenen hatten das Gefängnis verlassen; sie näherten sich.

Er bestieg jedoch das Pferd noch nicht. Es am Zügel führend, ging er ruhig weiter; er mußte noch ein anderes, höchst wichtiges Signal abwarten.

Der Schließer hatte es übernommen, den Gefangenen kurze Revolver zuzustellen. Da sie aber, bevor sie das Gefängnis verließen, genau durchsucht wurden, war dies sehr schwer auszuführen. Der Schließer, der bei der Flucht behilflich war, machte den Vorschlag, ihre Waffen in die Taschen ihrer Ueberzieher zu stecken, welche er ihnen in der Halle, wenn alle Formalitäten vorüber wären, über die Schulter werfen würde.

Alles hing von dem Erfolg dieser List ab. Wenn die Gefangenen an der ersten Wache vorüber gingen, mußten sie ein Zeichen geben, ob sie im Besitz der Waffen seien.

Dies sollte darüber entscheiden, ob die Befreiung an diesem Tage überhaupt versucht werden durfte.

Watajko, welcher bis jetzt die Rolle eines Spaziergängers gespielt hatte, indem er die Wälder in dem Schaufenster eines Buchhändlers betrachtete, gab alle Versuche, seine Ruhe zu bewahren, auf. So stand er denn in der Mitte der Gasse und überwachte mit athemloser Aufmerksamkeit Watajko's Bewegung. Als das gewünschte Signal gegeben war, wandte er sich um und lief, die gute Nachricht Andrej mitzutheilen.

Seine Mission war damit beendet. Er hatte auf kein Signal mehr zu warten, da Watajko sich rasch vorwärts bewegt hatte, um am Orte des bevorstehenden Kampfes zu sein. Dieser mußte vorher seinen Platz einnehmen, um beim Vorübermarschieren der Eskorte dort gesehen zu werden.

Andrej war dagegen gezwungen, sich die ganze Zeit zu bewegen. Er mußte es so einrichten, daß er die Eskorte am rechten Plage traf. Noch war es zu früh, um sich in der Allee zu zeigen; es galt noch fünf oder sechs Minuten zu warten. Das Pferd am Zügel führend, machte er noch einmal die Runde auf seinem kleinen Plage und versuchte, seinen gewöhnlichen Schritt beizubehalten. Watajko schritt ihm zur Seite auf dem Pflaster.

„Entferne Dich nicht weit von dem Ausgang der Gasse“ — Andrej wiederholte ihm nochmals die letzten Instruktionen — und sei nicht aufgeregt. Wenn nichts geschehen kann, wirst Du's Sina eilig mittheilen. Du weißt doch, wo sie wartet? Auf dem Boulevard, bei der dritten Bank vom Eingang.

„Ja, ich besinne mich sehr wohl.“ Dies bezog sich auf die Möglichkeit, daß die Ausführung

abgehalten. Uebereinstimmend wird berichtet, daß die Regierung nur in Nebendingen nachzugeben gewillt ist, und daß der Reichstag selbst die weitgehendsten Anerbietungen des Abg. v. Bennigsen für nicht genügend erklärt hat. Es gilt daher in parlamentarischen Kreisen als völlig feststehend, daß die am Donnerstag beginnende zweite Verhandlung der Militärkommission ebenso wie die erste Verhandlung völlig negativ verlaufen wird. —

Herr von Bennigsen soll sein Angebot von 40 000 auf 48 000 Rekruten gesteigert haben. Es langt aber immer noch nicht; die Regierung will alles und bekommt dabei vorläufig wenigstens nichts. —

**Der deutsch-russische Handelsvertrag.** Die „National-Zeitung“ schreibt: „Aus zuverlässigster Quelle können wir konstatieren, daß die in freisinnigen Blättern enthaltene Behauptung, der Handelsvertrag mit Rußland sei bereits, auf Grund dieses aufgestellten maßloser Forderungen, als abgelehnt zu betrachten, jeder Begründung um so mehr entbehrt, als die deutschen Forderungen zur Zeit noch nicht einmal in Petersburg eingetroffen sein dürften.“ Mit boshafter Freude bemerkt dazu die „Kreuz-Zeitung“: „Aus zuverlässigster Quelle“, dann wird es doch offenbar keine Richtigkeit damit haben, und die bekanntlich am 3. März dem Grafen Schuwalow abgegebene Antwort der deutschen Regierung auf die russischen Vorschläge ist noch immer nicht eingetroffen, obgleich doch Graf Schuwalow am 4. d. Mis direkt mit dem Schnellzuge nach Petersburg reiste. Sollte er sammt der Antwort noch immer unterwegs sein, oder ist ihm vielleicht ein Unglück unterwegs zugestoßen, oder hat er gar die deutschen Gegenanschläge verloren? Da Graf Schuwalow längst glücklich in Petersburg angelangt und vom Harn empfangen worden ist, muß er also, da die Nachricht der „National-Zeitung“ auf „zuverlässigste Quellen“ zurückgeht — die deutschen Forderungen verloren oder vergessen haben. Wie schrecklich! Oder sollte die „National-Zeitung“ die Entfernung zwischen Berlin und Petersburg überschätzt haben? Ihre Notiz ist sicherlich gut gemeint — aber ungeschickter, als selbst der „National-Zeitung“ nachgesehen werden kann. Sie wird gut thun, in Zukunft selbst ihre zuverlässigsten Quellen etwas kritischer anzufassen.“ Die Junker scheinen die sichere Aussicht über das Scheitern der Verhandlungen bereits im Saß zu haben, ansonsten sie nicht so äppig sich gebenden würden. — Die „Freisinnige Zeitung“, von der jene von uns gestern mitgetheilte Nachricht stammt, erklärt u. a.: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, Differenzen zwischen den Staats- und Reichsinstanzen seien bei Aufstellung der Forderungen an Rußland nicht hervorgetreten. — Wir hatten einfach gesagt, daß nicht im Reichsamt des Innern, sondern seltener Weise von Seiten des preussischen Handelsministeriums unter Zustimmung des Herrn Miquel ein ellenlanges Register von Gegenforderungen an Rußland aufgestellt sei, wie es die heißblütigsten Agrarier länger nicht hätten wünschen können, um ihren Zweck zu erreichen, den Handelsvertrag zum Scheitern zu bringen. Graf Caprivi aber habe dem preussischen Staatsministerium nachgegeben. — Dabei bleiben wir einfach stehen. —

**Gegen die Agitation der Kriegervereine** für die Militärvorlage bringt die „Parole“, das Organ des Kriegerbundes, in Nr. 10 unter dem 10. März folgende Erklärung des Vorstandes des Kriegerbundes: „Von Seiten einer Reihe von Verbänden- und Vereinsvorständen ist dem Bundesvorstande die Absicht zu erkennen gegeben, zu Gunsten der Militärvorlage Petitionen an den Reichstag richten zu wollen. Der Bundesvorstand sieht sich veranlaßt, hierzu folgendes zu bemerken: Den Kriegervereinen steht sätzungsgemäß die Erörterung politischer Angelegenheiten nicht zu. Das Eintreten in einer politischen Frage bezw. der Erlass einer Petition betreffs einer solchen Frage an eine politische Körperschaft wie den Reichstag von Seiten unserer Verbände und Vereine ist daher sätzungswidrig.“ Diese schönen Worte sind eitel Dunst und nur ein verspäteter Fastnachtsspaß. Die Offiziösen der „Norddeutschen“ haben ja erst kürzlich gezeigt, daß den Kriegervereinen erlaubt sei, was allen anderen Organisationen verboten ist. Kein Staatsanwalt trägt nach der Militärvorlage Agitation der deutschen Krieger. —

**Herr Sneyt**, einer der Professoren, die der Regierung jede volksfeindliche Maßregel apportieren, so gewandt und demüthig wie irgend ein Bedienter, er, der Mann, welcher „alles beweisen kann“, was die Reaktion fordert,

für den Rückweg nach dem Gefängniß aufgeschoben werden mußte.

Andrej hoffte aber zuversichtlich, daß keine Nothwendigkeit zu solchem sicherlich nicht wünschenswerten Aufschub vorliegen würde.

Die Zeit ist gekommen“, rief er aus. Er sprang leicht in den Sattel, während ihm Watajko das Pferd hielt.

„Leben Sie wohl“, sagte der Bursche, „der Tag hängt von Ihnen ab.“

„Und von meiner Kosmante“, sprach Andrej lächelnd, den Hals des Pferdes streichelnd.

Mit einem freundlichen Kopfnicken eilte er im Trabe in die Gasse, in der Watajko gestanden.

Als er um die Ecke der Allee bog, hielt er sein Pferd im Schritt und sah vor sich hin in die Straße: sie war ganz sicher. Seine Augen richteten sich, wie von magnetischer Kraft angezogen, auf eine kleine Kolonne, welche bei der großen Entfernung bewegungslos schien, sich jedoch in regelmäßig militärischem Schritte näherte.

„Das sind sie ohne Zweifel“, sagte sich Andrej. „Was auch geschehen mag, der Tag wird nicht verloren sein.“

Mit seinem scharfen Auge vermochte er jeden der Gefangenen zu unterscheiden und bemerkte, daß Boris eine kurze Fackel und keinen Ueberzieher trug. Wahrscheinlich hatte er keine Waffen. Das war zu bedauern. Bei Lewschin und Klein aber befand sich alles in Ordnung. Sie würden genügen. Die Gefangenen dachten anscheinlich ebenso, sie gaben ja das Signal, daß sie bewaffnet wären. Auf der linken Seite der Straße sah Andrej Wassilij's Wagen und auf dem Bode Wassilij selbst. Er konnte von ihm nur den breiten lässig gekrümmten Rücken und den glänzenden Hut sehen. Seine Stellung war genau die eines überarbeiteten Kutschers, der gleichgiltig auf einen Passagier wartet.

(Fortsetzung folgt.)

kann sogar in dem Dämmersehn seines Marasmus sonilis (seiner Greisenchwäche) das altgewohnte Apportieren nicht lassen. Sein 76 Jahre hindern ihn nicht, eine entsetzlich öde Druckschrift: „Die Militärvorlage von 1892“, in die Welt zu schicken, worin der altersschwache Byzantiner ein Langes und Breites für die Militärvorlage malmelt. Es hieß seine Zeit verschwendet, wollte man dem Gebrauche dieses Sprachrohres der Bourgeoisie auch nur ein Duzend Druckzeilen opfern. Nur eine Anmerkung sei herausgehoben, worin Sneyt seine Hoffnung ausdrückt, daß die Sozialdemokratie sammt und sonders zum Gottesglauben zurückkehren und erkennen werde, daß der Gottesglaube das einzig Wesentliche ist, was den Menschen vom Thiere scheidet.“ Armer Ludwig Feuerbach, beklagenswerther Arnold Ruge, unfeliger D. Fr. Strauß, der Sneyt klassifiziert auch nach Gebühr unter die — Thiere. —

**Soldatenmißhandlungen.** Zur „Kreuz-Zeitung“ gesellt sich die „Kölnische Zeitung“, selbster vertheidigen die das geheime Verfahren der Militärgerichte und suchen durch klühe Entstellungen, und böse Trugschlüsse furchtbare Uebelstände aus der Welt zu sabeln. Die „Kölnische“ schreibt zu dem Falle von Salich: „Wir möchten nur bemerken, daß das Märchen, daß ein Offizier wegen gemeinen Menechmordes, auf dem bekanntlich die Todesstrafe steht, zu neun Monaten Festung verurtheilt worden sein soll, auch der echteste Sozialdemokrat nicht glauben kann. Wir erinnern uns auch aus den Mittheilungen, die seinerzeit über den Fall in der Presse gemacht wurden, daß der tödtlichen Verletzung, der der verstorbenen Handlungsgehilfe erlegen ist, ein thätlicher Streit mit dem Offizier unmittelbar vorangegangen ist.“ Der Kölnerin wollen wir zur Belehrung wie selbst die Bourgeoisgelehrte über Nordduben lauten, die Bestimmungen des für Bürgerliche geltenden Strafgesetzbuchs in Erinnerung rufen: nach § 211, wird wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wenn er die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft, ganz gleich ob dem Mord ein Streit vorangegangen ist oder nicht. Selbst der, der vorsätzlich einen Menschen tödtet, ohne die That mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, wird wegen Todtschlags nach § 212 mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft. Die Kölnerin zeigt eben ein rührendes Mitgeföhl selbst für Mörder, Todtschläger und Lumpengefindel jeder Art; sobald diese Sorte dem der Kölnerin gesellschaftlich nahe stehenden Gesellschaftskreise angehört. —

**Aus dem Saarbrücker „Muster“-Betrieb.** In der „Frankfurter Zeitung“ liest man: Die Abmeldungen im Rechtshühverein dauern fort; die Belegschaften verschiedener Gruben, darunter auch Vertrauensmänner sind neuerdings ausgezogen. Die neueste Nummer des „Bergmannsfreund“ veröffentlicht wieder über 800 Namen Ausgetretener. Ueber die „Freiwilligkeit“ vieler dieser Abmeldungen werden allerdings merkwürdige Dinge erzählt. Wir verweisen auf die Petition der Grubenarbeiter, die reinen Wein einschenkt und den von der Behörde auf die Vergleute geübten Druck scharf kennzeichnet (siehe „Vorwärts“ Nr. 63 vom 15. März: Die Saarbrücker Bergarbeiter-Petition). —

**Herrn v. Stephan ins Stammbuch.** Man schreibt uns: Herr von Stephan hat sich in der Postdebatte viel darauf zu gute gethan, daß er den „Erholungsurlaub“ bei der Post eingeführt habe. Aber dieser Urlaub findet sich auch bei anderen Verwaltungen; die Subalternbeamten der Amtsgerichte erhalten sogar 8 Wochen. Es ist aber keinesfalls gerechtfertigt, daß im Hamburger Bezirke, dessen Geldsack-Klingel ja die Stephanische „Musteranstalt“ in seiner Dankadresse in den Himmel gehoben hat, die angestellten Assistenten nur 10 Tage und die Oberassistenten nur 12 Tage Urlaub bekommen, während den anderen Subalternbeamten dieses Bezirkes 14 Tage bewilligt werden. Auch in allen anderen Bezirken bekommen sämtliche angestellte Beamte 14 Tage Urlaub. Mit der Assistentenklasse des Hamburger Bezirkes macht man also im ganzen Reiche eine Ausnahme. Aber was thut das? Der Generalpostmeister tröstet sich mit der Anerkennung der Hamburger Rheder, der „Norddeutschen Bank“ und anderer „Größen“. —

**Wozu braucht Neuf-Alderer Linie ein Sozialistengesetz?** Daß die Hochmögenden in Greiz wegen etwelcher Häkelein mit Preußen im Bundesrath stets gegen das Sozialistengesetz gestimmt, was sie aber nicht hinderte, es im Greizer Ländchen schneidigst anzuwenden. Nun kommt die Regierung auch ohne das Oktobergesetz aus, hat sie doch ein Vereinsgesetz, das mit reaktionären Bestimmungen gespickt ist wie ein Rehzimmer mit Speck. Das fürstliche Landrathsammt in Greiz erließ gegen unseren Genossen Schent folgenden Ukas:

Herrn Robert Schent in Zeulenroda.

Auf Ihre Anzeige vom 8. d. Mis., die Einberufung einer öffentlichen Versammlung auf den 13. d. Mis. betreffend, wird Ihnen hiermit zur Resolution eröffnet: daß Ihnen mit der Belegung zur Eröffnung und Leitung öffentlicher Versammlungen, sowie zum Sprechen in denselben zugleich auch die, jene bedingende Berechtigung zur Einberufung öffentlicher Versammlung aus dem Grunde abgesprochen werden muß, weil Sie sich durch das am Schlusse der am 23. Januar ds. Js. von Ihnen veranstalteten öffentlichen Arbeiterversammlung ausgebrachte Hoch auf die „internationale revolutionäre Sozialdemokratie“ als Anhänger dieser Umsturzpartei ausdrücklich bekannt haben, solche Personen aber nach § 8 des hiesigen Landesgesetz vom 3. Januar 1887 überhaupt nicht zum Worte gelassen werden dürfen. Hiernach gilt die geplante Versammlung als nicht angemeldet.

Greiz, den 9. März 1893.  
Fürstlich Neuf-Plau Landrathsammt v. Dietel.

Wie lieblich ist es, in Dinterußland zu hausen! Der Landrath aller Neußen weiß mit der Versammlungsfreiheit fertig zu werden. Wie lange noch soll die absolutistische Vereins-Gejeggebung das freie Wort unmöglich machen? —

**Schulkinder als Treiber.** Wie die Stettiner Regierung bekannt giebt, werden im schulpflichtigen Alter stehende Kinder trotz des vor einigen Jahren ergangenen Verbots wiederholt dem Unterricht dadurch entzogen, daß sie bei Treibjagden Verwe-

nung finden. Die Stettiner Regierung bringt deshalb die hierauf bezügliche Verfügung vom 12. Januar 1884 aufs neue zur Kenntniß aller Schul-Aufsichtsbeamten, damit diese der darin ertheilten Weisung, dafür Sorge zu tragen, daß Schulversäumnisse aus dem bezeichneten Anlaß nicht vorkommen, sich erinnern. Aber weiß denn die Regierung nicht, daß die nothleidenden pommerschen Junker die Kinder für das edle Maidwerk nöthig haben wie das liebe Brot? Auf dem nächsten Livoli-Tage wird, so hoffen wir, irgend ein Puttkamer oder ein anderer Vertreter des „alten besessigten Grundbesitzes“ eine wirkungsvolle Klage gegen die Stettiner Bureaokratie vorbringen. Uebrigens wenn zu Treibjagden in der Nähe Berlins Soldaten gebraucht werden, warum soll der pommersche Adel nicht die Rindlein zu sich kommen lassen? —

**Militaristische Empfindlichkeit.** Aus Koblenz wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Der Schuß des § 193 rettete einige hiesige Bürger vor Strafe wegen „Beleidigung“ eines Hauptmannes der hiesigen Garnison. In den überaus heißen Tagen Ende Mai des verfloffenen Jahres kamen zwei Abtheilungen des hier garnisonirenden Königin Augusta-Garde-Granadier-Regiments Nr. 4 nach einer anstrengenden Uebung von der Kartause und mußten auf dem Marktenbildchenplatz „nachergeriren“. Unter den Kommandos eines Feldwebels und eines Lieutenants geschah dies nun so, daß einige Granadiere vor Mäthigkeit austreten mußten und mit hochgeröthetem Kopfe aus der Front schieden. Drei Gärtner sahen dem außergewöhnlichen Drill zu; sie fanden darin eine Mißhandlung der schon durch die vorhergegangene Uebung gänzlich ermatteten Soldaten. Sie erstatteten deshalb Anzeige bei dem Hauptmann der 6. Kompagnie, zu der die Nachergerirer gehörten. Der Herr Hauptmann zeigte jedoch die Bürger der Staatsanwaltschaft wegen „Beleidigung“ an. Das Schöffengericht sprach am 11. März die Bürger frei, weil sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Der Verteidiger der Angeklagten führte treffend aus, daß den Bürgern doch unabweisbar das Recht zustehe, Beschwerde zu führen, wenn sie Kenntniß von Soldatenmißhandlungen erhielten.“ —

**„Fortschritt und Jesuitismus.“** Man flanne, die „Kölnische Zeitung“ tritt ein für die Freiheit der Forschung, für den unendlichen Fortschritt der Wissenschaft, die unerschrocken die Ueberlieferung auf ihren Werth prüft und am Alter rückhaltlos Kritik übt. So zu lesen in derselben Zeitung, die sich mit Räthen und Nägeln gegen die moderne Erkenntniß des wissenschaftlichen Sozialismus wehrt, die dessen Theoretiker beschimpft und die Arbeiterklasse nur als Gegenstand der Ausbeutung betrachtet, die den Normalshwäher Julius Wolf heilig spricht und den Fortschritt der Kultur auf das Häheste bekämpft. Gemach! Die „Kölnische“ schreibt über „Fortschritt und Jesuitismus“, sie ächt: „Begierig sind wir zu erfahren, welcher nicht ultramontan gestante Deutsche, welche parlamentarische Partei den Muth haben wird, den unglücklichen, verfolgten Jesuitismus zu schützen.“ Als ob die alte Dame nicht wüßte, daß die Sozialdemokratie gegen das Jesuitengesetz, wie gegen jedes Ausnahmengesetz überhaupt stimmen wird, die Sozialdemokratie, deren Anhänger gewiß nicht verdächtig sind, „ultramontan gestant“ zu sein? Der Deerbann der Jesuitophoben (den an Jesuiten-Scheu Leidenden) jammert aber die „mittelalterlich-scholastische Weisheit“ der Gesellschaft Jesu. Ei, weshalb sorgen denn diese Angstmeier nicht dafür, daß die moderne Bildung Gemeingut der Nation, daß die Volks-erziehung verständig umgestaltet werde? Aber ihnen liegt die Volksverdummung viel zu sehr am Herzen, und sie kämpfen gegen den jesuitischen Wettbewerb aus purem Brotneid. Das Volk aber läßt sich weder bourgeois-liberal noch clerikal-feudal am Narrenseil führen. Und mit Verlaub, wenn man einen ernsthaften Vergleich zieht zwischen dem unglücklichen Quart, den die Willibald Beyschlag und die anderen Theologie-Professoren seines Schlags zusammenschreiben, mit etwelchen Werken der III Jesuiten-Literatur vergleicht, so steckt doch in einem einzigen Schriftchen des Ignatius von Loyola, seinen „Uebungen“, mehr Geist, Tiefe und Folgerichtigkeit, als in den vermusten Bücherballen, die als Erzeugnisse lutherischer Gottesgelahrtheit auf den Lagern der Leipziger Buchhändlermesse trostlos verstauben. —

**Märzfeier in Ungarn.** Das ungarische Abgeordnetenhaus beschloß einstimmig morgen, als am Jahrestage der Erhebung von 1848, keine Sitzung zu halten. Sowohl in Pest als in der Provinz wird der 15. März als nationaler Festtag gefeiert; in den Schulen wird der Jugend die Bedeutung des Tages durch die Lehrer erklärt, sodas die Feier des 15. März einen amtlichen Charakter gewinnt. —

**Das Volkreferendum wird in Belgien fortgesetzt.** Letzten Sonntag fand wieder eine Anzahl von Abstimmungen und zwar in wichtigen Industriezentren statt — und überall war das Resultat eine überwältigende Majorität für das allgemeine Stimmrecht. Die Kosten werden von Privatvereinen getragen. Man will das Referendum der Reihe nach in allen bedeutenderen Orten und auch in den düster bewohnten Theilen des flachen Landes vornehmen, so daß so ziemlich ganz Belgien Gelegenheit bekommt, sich über die Frage des allgemeinen Stimmrechts auszusprechen. —

**Der Panamassandal** ist für das französische Abgeordnetenhaus zu groß geworden — er hat seine Schmutzwellen nun auch in die heiligen Hallen des Senats ergossen, wo gestern anläßlich des Coitu-Zwischenfalls ein höllischer Spektakel war. Die praktische Folge dieser letzten Auftritte wird wohl die sein, daß die Regierung jetzt endlich die Auslieferung des Herz und die Verhaftung des Arton wird bewerkstelligen müssen. Der Vicin muß. —

Ueber den Panama-Prozeß liegen folgende spezielle Meldungen vor. Wolff's telegraphisches Bureau meldet aus Paris unter'm 14. d. M.:

Soulay, einer der Advokaten der Zivilparteien, beschwor Charles Vessers, die volle Wahrheit ans Licht zu bringen. Sodann wurde die Aussage des Liquidators der Panama-Gesellschaft, Monchicourt, vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Aus derselben ergibt sich, daß Vessers sich weigerte, Monchicourt die Namen der Empfänger von 7 Millionen Frank's in Bonn mitzutheilen. In der nunmehr verlesenen Aussage Coitu's wird konstatiert, Vessers allein habe sich mit der Vertheilung dieser Summe befaßt. Der Gerichtshof beschloß, Monchicourt, der erkrankt ist, in seiner Wohnung

Über mehrere Punkte vernehmen zu lassen. Der Advokat Baccaj forderte ein strenges Urteil gegen Bahant, Béral, Sans-Beron, Dugon, Gobron und Proust, die er als wahre Verbrecher bezeichnete. Constant, Advokat Moncourt, sprach das Verlangen aus, der Gerichtshof möge bestimmen, daß die verurteilten Summen an die Kasse der Panama-Gesellschaft zurückgestellt und nicht, wie sonst üblich, der Armenkasse übergeben würden. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Paris, 15. März. Panama-Bestechungsprozess. Bei Beginn der heutigen Sitzung nahmen die Verteidiger der Zivilparteien ihre Plaidoyers wieder auf. Lagasse beklagte sich darüber, daß die Regierung nicht alle Schuldigen habe bekanntgemacht wollen, und behauptete, der Skandal werde erst dann sein Ende erreichen, wenn die ganze Wahrheit bekannt würde. Lagasse verlangte schließlich die Bestrafung aller Angeklagten. Der Verteidiger Rousselle sprach sich in demselben Sinne aus.

In der Deputiertenkammer wurde am 14. d. M. ohne bestimmtes Ergebnis über die Angelegenheit der Frau Cottu debattiert.

England. Einem Privatbrief entnehmen wir folgenden: Die Massen gerathen mehr und mehr in Bewegung und die Ereignisse treiben sie voran. Die letzten allgemeinen Wahlen brachten den Arbeitern zuerst vor die Augen, welche Macht sie besitzen, wenn sie nur wollen. Dann die beiden Wahlen in Huddersfield und Grimsby, — wo die Arbeiter den Liberalen die Hilfe versagt und damit die Wahl verlorben haben, weil die Herren Liberalen die Arbeiter als politische Nullen zu behandeln fortführen, — haben auf beiden Seiten viele Augen geöffnet, namentlich aber bei den Arbeitern das Selbstgefühl stark gehoben. Es ist jetzt so weit, daß die Massen die Einigung der verschiedenen sozialistischen Sekten erzwingen werden, und wer nicht mit will, der wird draußen gelassen. Kräfte und Kampf wird's noch geben, aber wir sind über den Berg, ganz entschieden, und jetzt geht's vorwärts! —

Serbien. Das liberale Ministerium hat trotz der gewaltigen Anstrengungen bei den Wahlen nur eine Mehrheit von drei Stimmen erreicht, so daß, falls die Stupschina nicht einige radikale Mandate für ungültig erklärt, die Fortschrittler mit ihren fünf Stimmen ausschlaggebend werden.

## Parlamentarisches.

In der Kommission für die Novelle zur Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Antrag Gröber-Adernann) stand gestern der neue § 36aa zur Beratung. In diesem Artikel wird beantragt, von dem Handel im Umherziehen „in der Regel“ auszuschließen: 1. Material- und Kolonialwaren, 2. Manufakturwaren, 3. Futur- und Pughwaren. Ausgenommen von diesem Verbote sollten die handwerklich hergestellt Waren sein. Die Debatte gestaltete sich zu einer Art Generaldebatte über die Zulässigkeit des Haushandels überhaupt. Von den Rednern des Zentrums wurden die bekannten Klagen vorgetragen, während von freisinniger und sozialdemokratischer Seite diese reaktionären Umwandlungen energisch zurückgewiesen wurden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der konservative Abgeordnete von Hülftingen stimmte mit der Linken, während der nationalliberale Tröltzsch mit dem Zentrum ging.

## Nachklänge zum Post-Stat.

Man schreibt uns:

Sind der absoluten Staatsgewalt auch immerhin die Flügel beschnitten, so hat sich der Absolutismus in den einzelnen Verwaltungskörpern doch noch vollständig erhalten, — als ein Staat im Staate. „Humanität“ nennt Herr von Stephan den Grundgedanke der in der Behandlung eines Personals von 130 000 Köpfen leitend; als das Prinzip: Zuckerbrot und Peitsche stellt sich dieser Grundgedanke für die unteren Klassen dar, und nur zu treffend bezeichnet der Abgeordnete Singer in der Kommissions-Sitzung diese „Humanität“ als „ausgeklärten Despotismus vermisch mit einigen wohlwollenden Instinkten.“

Wir sehen dies nun zu deutlich aus den Reichstags-Verhandlungen am 8., 4. und 6. d. M. Die Bewegung, worin die Postassistenten stehen, bezweckt eine Verbesserung ihrer Lage auf dem Boden der Selbsthilfe. Das hierzu notwendige Koalitionsrecht können sie als gesetzlich genehmigt für sich in Anspruch nehmen. Trotzdem arbeitet die Postverwaltung mit allen Mitteln, um dieser farblosen Vereinigung den Todesstreich zu versetzen. Wir haben sie mit Versprechungen, Drohungen und schwarzen Listen à la Kühnemann hantieren sehen; ja wir haben sie (Vorwärts Nr. 29) sogar dabei erkappt, als ihre Organe ihre als Vorstand des Spar- und Vorwärtsvereins gewonnene Kenntnis dazu benutzten, die „Schulden“ einiger Mitglieder beneidlich ganz vagen Schlussfolgerungen an die große Glocke zu bringen. Die Art, wie der Herr Staatssekretär auf diesen Verein zu sprechen gekommen ist, sagte der Abg. Bebel, „hat ein Maß von Feindseligkeit, ja von Gehässigkeit zum Ausdruck gebracht, wie ich sie bei einem solchen Beamten am wenigsten für angeeignet halte.“

Der Kampf der Postassistenten ist ein Kampf um das Recht; ihr Hunger nach Recht will befriedigt sein. Aber wie Herr von Jordanbeck den ersten Versuchungen zu sehen verlangte, so verlangte Herr Dr. Fischer im kategorischen Töne die Vorklärung konkreter Fälle. Freilich, als sie ihm vom Abg. Bebel, wie wir weiter unten sehen werden, vorgeführt wurden, da konnte doch Niemand verlangen, daß er auf einzelne Fälle eingehen, denn „wohin sollten wir kommen, wenn wir hier jeden einzelnen Fall . . . einer eingehenden Erörterung unterziehen wollten?“

Das Ergebnis dieser dreitägigen Verhandlungen? Es wird lustig weiter gemagelt, oder wie der Abg. Wurm sagte, „verschickt“ werden.

Trotz des wenigstens auf dem Papiere stehenden gleichen Rechtes keine Anerkennung!

Und nun die Post-Unterbeamten. Hier hat die Verwaltung sich alle Machtmittel gemacht, hat den Unterbeamten vollständig in der Hand. Der Post-Hilfsbote kann von der Behörde nach ihrem Ermessen jederzeit entlassen werden; er dagegen hat „seine Entlassung bei der Ober-Postdirektion nachzusuchen“ und „Lehtere bestimmt den Zeitpunkt des Ausscheidens“. Nur dem ständigen Post-Hilfsboten steht eine vierwöchige Kündigungsfrist zu, aber auch er, nachdem er 6 Monate der ersten Bestimmung unterworfen gewesen ist. Auch hier kann das Dienstverhältnis seitens der Behörde ohne weiteres gelöst werden, wenn der Hilfsbote sich „grober Unvorsichtigkeit schuldig macht oder durch sein Verhalten außer dem Maße der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig erweist“. Er kann etatsmäßig angestellt werden — auch hier der Verdacht der vierwöchigen Kündigungsandrohung —; er kann unfähig angestellt werden — nach ca. 23 oder auch 30-jähriger Dienstzeit. Dagegen ist wohl sein Gehalt ein nach feststehenden Grundätzen bemessenes? Auch das nicht. Wegen der Einführung des Alterskassen-Systems, das den Unterbeamten von

seiner Behörde unabhängiger machen soll, hat sich die Verwaltung, wenn nun auch vergeblich gestrebt, weil dadurch die Disziplin leiden würde. Mit einem Anfangsgehalt von 700 M. in den Städten, von 650 M. auf dem Lande erfolgt die „etatsmäßige“ Anstellung der Unterbeamten. — Sätze, die den Durchschnittsverdienst eines guten Arbeiters noch lange nicht erreichen, die zur Ernährung einer Familie absolut unzureichend sind und die die Sorge der Kapitalisten, daß sie durch den Hinweis auf die höheren Löhne in fiskalischen Betrieben in die Enge getrieben werden könnten, keineswegs rechtfertigen. Ein Wohnungsgeldzuschuß von 240 M. in Berlin bis herunter zu 60 M. auf dem Lande soll die Miete, wenn auch nicht decken, so doch dem Stande der Mietpreise entsprechen. Ist das mit einem derartigen Betrage denkbar?

Herr Dr. Fischer hat uns in seiner Entgegnung auf die Interpellation des Abg. Bebel selbst das Material zur Beurteilung dieser Frage gegeben. Für 1088 Unterbeamte in Berlin, sagte er, ergeben sich folgende Verhältnisse:

Für 628 Unterbeamte deckt dieser Wohnungsgeldzuschuß von 240 M. entweder die ganze Miete oder wenigstens bis zu  $\frac{1}{2}$  der Miete, indem die Miete bei dieser Hälfte der Unterbeamten sich bis auf 300 M. jährlich erstreckt; Unterbeamte welche hier in Berlin Miete im Betrage von 300 bis 480 M. zahlen, sind 408, also ungefähr die andere Hälfte ermittelt worden. Bei allen diesen Unterbeamten deckt der Wohnungsgeldzuschuß also mindestens noch die Hälfte der zahlbaren Miete, — ein meines Erachtens nicht ungünstiges Verhältnis.“

Dann fährt Herr Fischer fort: „Von dieser zweiten Hälfte der Beamten, die mehr als 300 M. jährlich Miete bezahlen, haben 299 vermietet an nicht zur Familie gehörige Personen.“

Das ist der Grund, weshalb die Behörde von der Kasernierung der Unterbeamten Abstand genommen hat, sie würde dadurch, sagt Herr Fischer

ihnen und ihren Familien damit die von ihnen hochgeschätzte Gelegenheit entziehen, durch Vermietung von Stuben oder durch sonstige Hilfsleistungen wirtschaftlicher Art ihr Einkommen zu verbessern.“

Abgesehen von der durch diese Worte erfolgten Sanktionierung des Nebenerwerbs giebt Herr Dr. Fischer ausdrücklich zu, daß das Einkommen der Unterbeamten als Existenzminimum unzureichend ist. Aber er denkt an keine Erhöhung des Gehalts, des Wohnungsgeldzuschusses, nein, bemerkt, er hat einen weit bequemerem Weg gefunden, der zum Ziele führt, er verweist — Ihr hört es alle, Ihr Unterbeamten — er verweist Euch auf den Weg des Abvermietens, auf den Weg des Nebenerwerbs.

Eine samose Art Sozialpolitik!

Als der Abg. Bebel dann auf die Urlaubsverhältnisse der Unterbeamten einging und besonders die skandalösen Vorgänge in Leipzig zur Sprache brachte, wo vier Unterbeamten der Urlaub verweigert wurde — der eine wollte an der Beerdigung seiner Tochter, der zweite an der seines Vaters teilnehmen, der dritte wollte sich trauen lassen und der vierte an das Sterbebett seiner Frau eilen, — da überging Herr Fischer diese Dinge als ihm unbekannt. Aber der „Vorwärts“ wird doch auch im Reichspostamt gelesen — Herr von Stephan ist mit seinen Strafanträgen gegen ihn doch nicht zurückhaltend —, da hätte es ihm doch unmöglich entgehen können, daß in Nr. 159 vom 10. Juli v. J. diese Vorfälle ausführlich gebracht und erörtert worden sind.

Wir haben schon in verschiedenen Artikeln das Recht der Unterbeamten auf einen Erholungsurlaub dargelegt, ein Recht, das um so eher vorhanden ist, als den Unterbeamten tatsächlich eine härtere Arbeit obliegt und sie eine größere Dienststundenzahl abzuliefern haben, als die Beamten. Erwährt doch auch der Grafschaftsrath von London seinen Angestellten in jedem Jahre eine Woche Urlaub bei vollem Lohn. Und dieses Recht der Unterbeamten werden wir weiterhin verteidigen.

Aber die Stellungnahme der anderen Parteien, besonders der antisemitischen, zu den Fragen, die die Unterbeamtenklasse bewegen, ist bezeichnend für ihre „Arbeiterfreundlichkeit“. Schon in einer antisemitischen Versammlung im Frühjahr 1891 wurde der Abg. Zimmerman während seiner Rede über die Verhältnisse der Postassistenten zu verschiedenen Malen härmlich unterbrochen und aufgefordert, auch die Verhältnisse der Unterbeamten entsprechend zu würdigen. Er that das nicht, er vertörfete auf einen späteren Vortrag. Nun, auf diesen Vortrag warten die Unterbeamten heute noch, aber inzwischen wird der Abg. Zimmermann sich wohl eines anderen besonnen haben. Wie könnte er auch für die Rechte der Unterbeamten eintreten? Das kann nur derjenige, der das Recht, der die Grundzüge der Arbeiterklasse vertritt. Die Unterbeamten gehören selbst zu dieser Arbeiterklasse. Die Stellung ihres Niveaus ist abhängig von dem Fortschreiten der Arbeiterbewegung. Je mehr und je schneller letztere sich zu voller Macht entfaltet, je eher die Arbeiterklasse durch ihre Vertreter ein energisches Veto gegen die heutige Miswirtschaft und Ausbeutung der unteren Klassen einlegen kann, je früher die Sozialdemokratie in die Lage kommt, die Produktionsverhältnisse umzuhalten, je gründlicher und schneller geht die Verbesserung auch der Verhältnisse der Unterbeamten vor sich. Und unsere Unterbeamten haben in ihrer dem Postdienst vorangegangenen Beschäftigung in der Industrie, dem Handwerk u. d. d. Gärten des Kapitalismus lernen gelernt; sie haben erkannt, daß, ob Jude, ob Christ, jeder auf Kosten seiner Untergebenen rücksichtslos sich zu bereichern sucht; sie wissen, auf wessen Seite sie sich zu stellen haben.

## Parteinachrichten.

Protestveranstaltungen gegen die Militärvorlage sind abgehalten worden in Piefeld und Echterdingen (Württemberg), Wildsachsen (Ref. Brühne-Frankfurt), Dagsfeld und Rintheim t. B. (Ref. Ged. Offenburg). Die Eisenacher Bezirksdirektion verbot die für letzten Sonntag nach dem Dorfe Seebach einberufene Volksversammlung, weil durch deren Abhaltung die öffentliche Ruhe gestört werden könnte. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vof sollte über die Zukunftsstaats-Debatte und die Militärvorlage sprechen.

„Der sozialdemokratische Zukunftsstaat.“ Die unter diesem Titel in Verlage der „Vorwärts“-Buchhandlung erschienene Broschüre, enthaltend sämtliche Reden, welche gelegentlich der Zukunftsstaats-Debatte im Reichstag in den Tagen vom 31. Januar bis 7. Februar gehalten wurden — ist in kurzer Zeit in zwei Auflagen von je 20 000 Exemplaren vergriffen worden. Da die Nachfrage noch immer eine sehr lebhafte ist, und zur Zeit bereits wieder Bestellungen auf mehrere Tausende vorliegen, so soll eine neue dritte Auflage gedruckt werden. Um deren Höhe annähernd bemessen zu können, werden die Genossen, welche Bestellungen machen wollen, ersucht, dies recht bald zu thun, damit eine Verabgängerung vermieden wird. — Von Bebel's Rede über den Zukunftsstaat sind 1/4 Millionen hergegeben und verandt worden, deren Verbreitung in den letzten Wochen in ganz Deutschland stattgefunden hat.

Aus Apolda wird uns geschrieben: Der vor ca. 1 1/2 Jahren von hier abgereiste Genosse Max Wäsche ist jetzt von Brasilien aus seinen Verbindlichkeiten gegen die Partei nachgekommen.

Von der Agitation. Eine größere Zahl von Parteigenossen aus dem Leipziger Westbezirk vertheilten am Sonnabend mit gutem Erfolge die Rede Bebel's über den „Zukunftsstaat“ in der Umgegend von Bitterfeld (Preußen).

Aus Bonn wird uns berichtet, daß die dortigen Genossen die Rede Bebel's und andere Schriften in einer Anzahl von Ortschaften vertheilten. Die Vertheilung verlief in bester Ordnung. Genossen aus Straßburg in der Ufermark vertheilten die Rede Bebel's in den Dörfern Wismar, Hansfelde, Groß- und Klein-Budore, Blumenhagen, Groß- und Klein-Spiegelberg. Auch hier ging die Vertheilung gut von statten. Nur in Blumenhagen verweigerten einige konservative Bauern die Annahme der Schriften; sie suchten auch, indem sie sich vor die Fenster der Arbeiterwohnungen begaben, die Arbeiter zu bestimmen, ebenso zu handeln wie sie, hatten damit aber nur in einigen Fällen Glück. Der Boden im Kreise ist dem Sozialismus günstig, er muß nur — so wird uns geschrieben — tüchtig bearbeitet werden. Und daran werden es die Straßburger Genossen nicht fehlen lassen.

Todtenliste der Partei. In einer Klinik in Sachsenhausen ist am Sonntag der erprobte Genosse Philipp Eichenaus aus Bieber gestorben.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Sozialdemokratische Liederbuch von Max Regel beschäftigte am 13. März die Erfurter Strafkammer. In der Strafkammer-Sitzung vom 15. Oktober 1892 war der Geschäftsführer der „Thüringer Tribüne“, Genosse Stegmann, als Verbreiter des Liederbuchs, wegen der 3 Lieder: Rabenlied (Seite 8), Der letzte Krieg (Seite 21 und 22), Bundeslied (Seite 18 und 27) auf Grund des § 130 Str.-G.-B. zu 80 M. Geldstrafe verurtheilt, und weiter war auf Unbrauchbarkeit der Platten resp. des ganzen Liederbuchs erkannt worden. Gegen letztere Bestimmung wurde seitens des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Harmering Revision eingelegt. Das Reichsgericht hatte dann auch die Revision für begründet anerkannt und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zu Erfurt zurückverwiesen. Es handelte sich diesmal nur darum, ob es möglich sei, die drei inkriminirten Lieder allein anzuschneiden, ohne das ganze Liederbuch unbrauchbar zu machen. Dies wurde durch Vorlegung eines neuen Liederbuchs, in welchem die drei Lieder ausgeschieden waren, bewiesen, und erkannte die Strafkammer deshalb dahin, daß nur die Unbrauchbarmachung der Platten dieser drei Lieder ausgesprochen wurde, im übrigen verbleibe es bei der obengenannten Strafe.

Die Erfelder Genossen hatten zu Pfingsten vorigen Jahres einen Ausflug nach Sächten unternommen und waren dort von der Polizei in jedenfalls nicht lebenswürdiger Weise behandelt worden. Die Erfelder „Freie Presse“ rügte das und zog sich dadurch eine Verleumdungsklage des Bürgermeisters von Sächten und seiner gesamten Polizeimannschaft zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen den verantwortlichen Redakteur Gewehr vier Wochen Gefängnis als Zufallsstrafe. Das Gericht erkannte auf 100 Geldstrafe wegen einfacher Verleumdung. Ob die Polizei korrekt gehandelt habe, wollte es nicht untersuchen; ein Recht zum Rümen des Plages, wo sich die Ausflügler in Sächten niedergelassen hatten, habe sie jedenfalls gehabt. Ob nun das Verfahren der Sächten Polizei, die nach den Aussagen vieler Zeugen auf die aus Familien bestehende wehrlose, hin und her flüchtende Menge eingeschlagen hat, am Plage gewesen ist oder nicht, ergiebt sich am besten aus der Zeugenaussage des Bürgermeisters selbst. Dieser befandte, wie die „Freie Presse“ mittheilt, daß auf dem Sächten Höhen jedes Jahr am Pfingstmontag heitere Menschen sich versammelten, daß Vereine dorthin Ausflüge machen, und daß dann dort gefungen wird und gewöhnlich auch Musik spielt. Die Sozialdemokraten von Erfeld und Umgegend seien nun in so großer Zahl angedrückt, daß er gefährdet habe, „es könne (1) eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden“. Denn (1) gar viele der fremden Gäste hätten rote Kravatten gehabt, Frauen und Mädchen auf weißen Röcken rote Bänder getragen, auch auf manchen Frauenhüten habe er rote Bänder gesehen (wie hier auch fast alle Tage). Besonders habe die Steinrath'sche Wirthschaft ihm Anlaß zu schweren Bedenken geboten, der ganze Saal derselben sei von Ausflüglern besetzt gewesen. Er habe das zwar gar nicht selbst gesehen, aber es sei ihm „gefragt“ worden und da habe er die Steinrath'sche Wirthschaft schließen lassen. Dergleichen habe er sofort die Sächten Höhen räumen lassen, aber den Befehl gegeben, keinen Gebrauch von der Waffe zu machen. Die Leute seien nach Sächten zurückgetrieben und auch dort die Wirthschaften geräumt worden. Nach der Ursache befragt, erklärt der Bürgermeister, man habe Kufe wie „Hoch die Sozialdemokratie!“ gehört, und da habe er gefährdet (1), es könne bei der großen Uebermacht der Genossen die ganze Polizeimannschaft in Gefahr kommen. Befindet wenn (1) erst die Menge getränkt, welche der große Bierwagen brachte, vertilgt worden wäre, hätte es schlimm werden können (1), er habe daher auch gar nicht gestattet, den Bierwagen abzuladen und Getränke auszuschenken. Der Bierwagen habe sofort wieder umkehren und abfahren müssen. Der zweite Zeuge, der Polizeikommissar von Bierfen, erklärte, im Saal der Steinrath'schen Wirthschaft sei Klavier gespielt und gefungen worden. Auch habe man „Reden“ gehalten. Der Kommissar konnte aber nicht sagen, was der Inhalt der angeblichen „Reden“ gewesen ist. Die Störung der Ordnung“ erblickte er auch darin, daß die Melodien der gefungenen Lieder nicht zum Pfingstfeste paßten (1). Ferner habe er mehrere rote Fahnen im Zuge der Erfelder Genossen gesehen und auch vom Dache der Steinrath'schen Wirthschaft habe eine rote Fahne geweht. Dazu seien noch zahlreiche rote Schleifen gekommen. Er habe das Kommando vom blanz ziehen erst gegeben, als ein Polizeisergeant einen Schlag erhalten habe und gestürzt sei. Polizeisergeant Schoren bestätigt diese Aussagen, er will nicht gehauen haben. Gendarm Kohse dagegen hat wohl gehört, daß die die gefallen sind, weiß aber nicht, wer geschlagen hat. Die übrigen Zeugen dagegen erklärten, daß die Erfelder Genossen der Polizei keinen Anlaß zu derartigen Vorgehen gegeben haben, und daß ist auch zweifellos, denn wenn Arbeiter mit Weid und Kind eine Pfingstpartie unternehmen, so kann nur ein „Polizistenhitz“ vermuthen, daß sie die „Ordnung“ umstürzen wollen.

Der frühere Vorstand der Varmer Orts-Krankenkasse hatte gegen einige Mitglieder der Generalversammlung Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, weil diese in der „Erfelder „Freien Presse“ eine von der Vertreterversammlung angenommene Resolution zum Abdruck gebracht haben sollten, welche für den derzeitigen Vorstand allerdings nicht schmeicheltast war. Die Staatsanwaltschaft ließ jedoch, jedenfalls wegen Mangels an Beweisen, daß der fragliche Artikel von diesen Personen eingeleitet sei, die Anklage gegen diese fallen, und erhob solche gegen den Redakteur Gewehr. Letzterem ist nun von der Strafkammer mitgetheilt worden, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen sei. In der Begründung heißt es, daß die fragliche Resolution ohne jede Bemerkung wiedergegeben wäre und die Generalversammlung in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Das zuständige Organ, die „Freie Presse“, habe aber diesen Beschluß verbreiten dürfen, weil die Generalversammlung aus Vertretern bestehe und diese den Mitgliedern ihre Beschlüsse bekannt geben müsse.

Wegen gegenseitiger Verleumdung verurtheilte das Uemünher Landgericht den Redakteur des „Beobachters“, Genossen Emil Rosenow, und den Antisemiten Dr. Paul Bräuer, zu je 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Das Reichsgericht verwarf die gegen das Urteil der Strafkammer zu Weimar eingelegte Revision des Apoldaer Genossen August Wandert, der wegen Verleumdung eines Pfarrers zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. Wandert verbißt gegenwärtig wegen Fabrikantenverleumdung 10 Tage Haft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 16. März. Opernhaus. Der Freischütz. Schauspielhaus. Rarisch. Deutsches Theater. Der Talsman. Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer. Festung-Theater. Heimath. Wallner-Theater. Die Großstadtluft. Krall's Theater. Fra Diavolo. Residenz-Theater. Die beiden Champignol. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Neues Theater. Adrienne Lecouvreur. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Fledermaus. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Ihr Korporal. National-Theater. Der Trompeter von Säckingen. Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionen. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 79. Male: Modernes Babylon. Gesangspoffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Mulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Lofthol von Oscar Wagner. (Klemm-Edel. Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Passage-Panoptikum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum. Große Ausstellung lebensgroßer Wachfiguren u. Gruppen. Neue Illusion: Lotosblume. Andere Illusionen. Fantoche-Theater. Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Große Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Programm. Tom. Belling, Original-August. Truppe Auguston, Akrobaten. Kolling Müller, Wasserlunfiter. The Matinos, Gyentrich. Geschw. Taciana, Duettistinnen. Hezar. Bender, Humorist. Miss Victoria, Jongleuse und preisgekrönte Schönheit. Rigó Mandó, Ungarischer National-Sänger, sowie sammtl. engag. Spezialitäten. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Feen-Palast Jeden Tag: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Bassparatours u. Bons haben Gültigkeit.

Circus Renz. (Rarlstraße.) Donnerstag, den 16. März, Abends 7 1/4 Uhr: Gr. brillante Vorstellung. Ein Künstlerfest. Große Ausstattungs-Pantomime. Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor. Grosses Brillant-Feuerverk. Außerdem: Mr. James Phillis mit dem Schulsperde Germainal. 3. 1. Male: Miss Edith als Jodan. Concurrenzschule, ger. v. d. Damen Frä. Clotilde Hager u. Oceana Renz etc. Morgen, Freitag, Abends 7 1/4 Uhr: Ein Künstlerfest. Bilet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Jubiläum“, Markgrafenstraße 61a. Fr. Renz, Direktor.

Gratweil's Bierhallen Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger sowie Auftreten des musikal. Clown Mr. Barna und Damen-Quintett Willy Wilson. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen. F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahenhof Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochenl. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Noch frei bin ich am 1. und 2. Freitag Abends und bitte ich freundlich, mich zum Vortrag meiner Original-Couplets berücksichtigen zu wollen. Mäßige Ansprüche. R. Heise, Volkshumorist. 1825b) N., Zionskirchstr. 11, v. 3 Tr.

Roh-Tabak A. Goldschmidt, 3806L am biesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Jähne Schmerz. einf., sehr fest fh. Garantie. 1.50. Abzahl. Woche 1 M. Dresdenerstr. 105. 1867b

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Sinnenstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10. Neue Hofstr. 3. Zahnarzt Cohn. Schmerzlos: Zahnziehen von 1.-M. Fällen u. Zahnersatz. Heilzählung. Poliklinik. 3653L

Meyer's Konvers.-Lexik., Brehm's Thierleben laufe sof. Nachr. Postkarte. Schröder, Camphausenstr. 81. 1898b

Schankgeschäft, große Fabrik im Ganse, welche allein die Existenz bietet, sof. zu verk. Näheres Badstr. 49, Seisen-geschäft. 1892b

Einen Kinder-(Sitz-)Wagen, welcher 12 M. gekostet, verk. ich für 6,50 M. A. Tietz, Invalidenstr. 124. 1895b

Betten. G. rother Stand, schönes Dedbett, Unterbett, Kopfkissen, neu, sof., 30 M. Brägerstr. 10, v. part. 1928b

Ein grosser Posten Steppdecken echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. sonstiger Preis 9 M. Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8788L Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w. (E. S. Hamburg.) Oertl. Verwaltung Berlin H. Am 18. März verstarb im Alter von 85 Jahren unser Mitglied, der Tischler August Hess. Die Beerdigung findet heute Nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 306/4

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, sowie meinen Kollegen der Pianofabrik von Herrn Klinsmann u. Co. sage ich meinen tiefsten Dank für die rege Theilnahme am Grabe meiner lieben Frau. Friedrich Budaack u. Tochter. 1899b

Zum 18. März empfehle den Genossen mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 1820b) Nimitz, Friedenstr. 68.

15 Mark Belohnung. Sonnabend, den 4. März, ist in der Garderobe des Eisellers aus Versehen ein schwarz Radmantel mitgegeben. Wiederbringer obige Belohnung, oder wer nachweist, wer denselben bekommen hat. 1837b E. Schuster, Potsdamerstr. 18.

Die in dem Lokal von Ziegler überlegt gemachten Veleidigungen gegen den Schankwirth A. Gen nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. C. Neumann.

Achtung, Nirdorf! Laut Bekanntmachung im redaktionellen Theil erlaube ich mich um Umtausch des besten zu empfehlen. Bestellungen nimmt entgegen Retzeran, Verktnerstraße 63, 2 Tr. 8942b

Hrmacher Meissner, Reichsbergerstr. 137, Ede Lauferstraße, hat die billigsten Preise, weil kein Laden. Uhr reinigen 1 Mark. 1826b

Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 3 im Korbgeläch. 1789b

Größtes Lager Berlins Kinderwagen. Andreasstr. 23. Dv 2,00, Zeigle, Finken, Singlerchen 1,25, Stieg- litz, Rothhänflinge, Kanarienvögelchen. Heubauer billig. F. Schnelle, Stalhoferstr. 192, am Kottbuscher Thor.

1000 Regenmäntel à 3,50 Mark, 500 Badisch-Jaquets à 2,50 Mark im Damen-Mantel-Lager S. E. Leysor & Co., Leipzigerstr. 91, 1 Tr. Ein gutgehendes Material- und Grünkraut-Gesch. mit Hülle frant- heitshalber 3. verl. Pasewalkerstr. 4, p. Adalbert Blazek aus Alt-Benatel in Böhmen hält Ausverkauf v. allen Arten Keffel, 2 Pfd. 15-30 Pf., Bärs- waldstr. 52, Hof r. i. Keller. 1741b

Rechtsbureau des königlichen Amts- richters a. D. Alte Jakob- strasse 190. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unent- geltlich. Auch Sonntags. 8495b

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren 1,50 Mk. (außer Bruch) Kleine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, a. d. Oranienplatz, Baumstr. 38.

Kalbsteich, Brust von 35-40 Pf., täglich Auguststr. 50a.

Weddingstraße 8 sind billige Wohnungen und ein Laden zu vermieten. 8693b

Rübenerstr. 20 febl. Wohn-, Stube, Küche, Keller, Boden, für 70-92 Thlr. zu vermieten. 1529b

Legnitzerstr. 6 sind kleine, saubere Wohnungen billig zu vermieten. 70-75 Thaler. 1790b

Arbeitsmarkt. Dirigent gesucht für einen neu ge- gründeten Arbeiter-Gesang- verein. Meldungen Abends nach 7 Uhr bei Carl Schaller, Ritterstr. 34. 1827b

Tischler a. Kleiderb. verl. G. Richter, Friedenstr. 49. 1830b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wady über die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand. 870/7

Volks-Versammlung für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis am Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Schultheiß-Brauerei (Tivoli). Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 18. März. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Sebel. 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Die Vertrauensperson. 845/4

Maurer! Gr. öffentliche General-Versammlung Sonntag, den 19. März, Vorm. 10 Uhr, im Böhmisches Brauhause, Landsberger Allee 11-13. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung der Vertrauensmänner über die Verwaltung des General-Fonds der Maurer Berlins und Umgegend vom 1. März 1892 bis 8. März 1893. 2. Neuwahl der Vertrauensmänner und Revisoren. 3. Stellungnahme zur Streit-Kontrollkommission. Zu zahlreichem Besuch dieser äußerst wichtigen Versammlung laden ein Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umgegend. J. H. H. Karas, Putzbuscherstr. 17. 242/10

Achtung! Öffentliche Achtung! Versammlung für Frauen und Männer heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, in Schneider's Salon, Belforterstr. 15. Vortrag über: Die Cholera in Hamburg. Referent: Herr Hüve-Hamburg. Entree 10 Pf. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Versammlungen mit dem gleichen Thema finden Freitag Abend Thurmstr. 26 und Sonntag Abend 6 Uhr Badstr. 58 statt. Der Einberufer. 1881b

Öffentliche Versammlung für Bäcker sowie alle Nachtarbeiter am Donnerstag, den 16. März 1893, Nachmittags 3 Uhr, in Philipp's Feilsälen, Rosenthalerstraße 38. Tages-Ordnung: Der 18. März. Nach dem Vortrage einige Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Morgen- grauen“. Um zahlreichem Besuch bittet Die Agitations-Kommission. 128/8

Achtung! Klempner! Achtung! Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Fachvereins bei Köllig, Neue Friedrichstr. 41. Tages-Ordnung: Der 18. März und seine Bedeutung. Referent: Genosse Feder. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 187/7

Achtung! Stralau. Achtung! Große öffentliche Sozialdemokratische Versammlung für den Kreis Niederbarnim am Sonntag, den 19. März 1893, Vormittags 11 Uhr, im Saale der Reischach'schen Brauerei, Stralau. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Bedeutung des 18. März und 1. Mai. Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann. 856/12

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Göhter Langensalza'er Kautabak von Gebrüder Adler. 8106b Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. Cigaretten-Engroßlager in den Preislagen von M. 25,- bis M. 100,-; Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Altenberg's chem. Färberei, Bäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. s. s. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren- Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 8761L

Musik-Instrumente. Größtes Lager in Zithern, Violinen, Saitarron, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. Musik- werke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager. Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51. 8637L

Berliner Bock-Brauerei Tempelhofer Berg. 54. Bock-Saison. Drittlezte Woche. Täglich: Großes Militär-Concert. 8843L

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom 15. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Malshahn.  
Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt beim Etat des Reichs-Schatzes.

Bei den Ausgaben für das Münzwesen kommt Abg. Graf Mirbach auf die gestrige Debatte zurück und weist es zurück, daß Abg. Wising gestern ausgeführt, daß die Währungsfrage nur dem Großgrundbesitzern zu gute käme. Solche Unterscheidung zwischen großem und kleinem Grundbesitz sei sonst nur bei anderen Parteien als bei der Partei des Herrn Wising zu finden gewesen. Er habe nur ausgeführt, daß der bei der Landschaft verschuldete Grundbesitzer besser daran sei, als der bei Privatgläubigern. Die Landschaft beleiht aber große Güter ebenso wie Bauerngüter. Redner wendet sich dann gegen Bamberger, der ihn wohl mißverstanden habe. Er habe ihm durchaus keinen Vorwurf gemacht; eine Verleumdung würde nur dann vorliegen, wenn er (Redner) einen Volksstamm als schlechter als den anderen bezeichnet hätte, was nicht geschehen ist. Das Herr Bamberger sonst persönlich ausgeführt habe, falle auf ihn selbst zurück und mache jede sachliche Diskussion unmöglich.

Abg. Brömel (Hr.) konstatiert, daß der Abg. Bamberger eines Augenleidens wegen augenblicklich eine ärztliche Konsultation habe. Er werde wohl Gelegenheit haben, bei der dritten Lesung zu antworten.

Abg. Wising (Hr.): Ich habe gesagt, die Doppelwährung komme nur den Großgrundbesitzern zu gute. Das ist geschehen auf Grund der Ausführung des Grafen Mirbach, daß die bei der Landschaft verschuldeten Besitzer davon einen Vorteil haben. Die Landschaften sind nicht überall vertreten, namentlich sind die Bauern nicht überall bei der Landschaft beteiligt, und es giebt auch Schulden, welche hinter der Landschaft eingetragen sind. Graf Mirbach hat darauf gesagt: Den Grundbesitz, der nicht bei der Landschaft ist, gebe ich preis. (Hört! links.) Danach war meine Folgerung vollkommen gerechtfertigt. Wenn Graf Mirbach gestern auf meinen Privatberuf angepielt und mir vorgeworfen hat, daß ich deswegen der Goldwährung anhängig, so ist das ein Beweis dafür, daß die Herren (rechts) überhaupt nicht mehr glauben, daß man im Interesse der Allgemeinheit etwas vertritt.

Abg. Graf Mirbach bestreitet, eine solche Verleumdung über die nicht bei der Landschaft beteiligten Grundbesitzer gemacht zu haben, während Abg. Wising seine Behauptung aufrecht erhält.

Der Titel wird genehmigt, ebenso der Rest des Etats des Reichs-Schatzes.

Ohne Debatte wird der Etat der Reichsschuld genehmigt.

Beim Etat des Reichsbankwesens weist Abg. Graf Mirbach darauf hin, daß bei Uebernahme der Reichsbank auf das Reich dem Reich aus dem Bankwesen 1892 3/4, aus dem Jahre vorher 5 Millionen Mark mehr als jetzt zugestossen wären. Die Sparfamilie sei also in dieser Frage auf Seite derjenigen gewesen, welche die Reichsbank verstaatlichen wollten.

Der Etat wird genehmigt; ebenso ohne Debatte die bayerischen Quoten, die Erstattungen auf aus Landesmitteln angewendete Kasernenbau- u. s. w. Kosten und die Betriebsfonds.

Für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnetzes im Interesse der Landesverteidigung sind 20 749 260 M. ausgeführt, deren Bewilligung die Kommission beantragt.

Hierzu liegt eine von den Abgg. Lender und Hug beantragte, von sämtlichen badischen Abgeordneten unterstützte Resolution vor: Der Reichstag wolle beschließen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die auf Grund von zwischen dem Reich und einem Bundesstaate abgeschlossenen Verträgen erbauten Eisenbahnen, welche im Interesse der Verteidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet worden sind, Beiträge aus Reichsmitteln wie zur Erbauung, so auch zur Unterhaltung und zum Betriebe dieser Eisenbahnen dem einzelnen Bundesstaate zu gewähren, sofern die dazu erforderlichen Kosten die Betriebseinnahmen übersteigen und den Staatshaushalt des Bundesstaates belasten.“

Abg. Hug (B.) führt aus, daß diese strategischen Bahnen durchaus keinem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprächen, ja, daß sie unethischer Weise den bodischen Staatsbahnen Konkurrenz machen; sie erfordern in jedem Jahre einen erheblichen Zuschuß. Deshalb sei es notwendig, daß das Reich die Kosten allein trage. Die Bahnen in den Gebirgsgegenden haben immer mehr gekostet als sie veranschlagt waren; der Zuschuß ist dadurch ein unbestimmter und besonders bedenklich ist es, daß Baden alle Erneuerungsarbeiten bezahlen soll. Wenn der badische Staat oder die badischen Eisenbahnen so belastet werden, dann kann die Unabhängigkeit Badens in Gefahr kommen, und wieder das Projekt austauschen, die badischen Staatsbahnen auf das Reich zu übernehmen. Nach Artikel 41 der Reichsverfassung kann das Reich Eisenbahnen, welche im Interesse der Verteidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet werden, kraft eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahn durchschneidet, unbeschadet der Landeshoheitsrechte anlegen. Aber daraus geht nicht hervor, daß die Einzelstaaten den Betrieb solcher Eisenbahnen übernehmen müssen, der vielleicht einen erheblichen Zuschuß erfordert. Redner empfiehlt deshalb die vorgeschlagene Resolution.

Staatssekretär v. Malshahn: Solche strategischen Bahnen sind nicht erst in neuerer Zeit gebaut worden, sondern von Preußen aus Landesmitteln ohne einen förmlichen Zuschuß aus Reichsmitteln schon früher. Erst in neuerer Zeit sind solche Bahnen mit Reichszuschuß gebaut worden in Staaten, welche sich in bezug auf ihre Ausdehnung und ihre Mittel nicht mit Preußen messen konnten. Es sind darüber Verträge abgeschlossen und auch vom Reichstage gebilligt worden. Dabei ist man immer in der Weise verfahren, daß man den beteiligten Staaten ein Pauschquantum gegeben hat, daß das Reich sich damit ein für alle Mal abfindet und keine Verpflichtung übernommen hat zu etwaigen Mehrkosten der Anlage oder des Betriebes. Wenn das Reich zum Betriebe etwas zuzahlen soll, so muß es auch die billigste und kürzeste Linie verlangen und kann auf die Wünsche der Lokallinteressen keine Rücksicht nehmen; das Reich müßte dann auch dauernd den Betrieb kontrollieren, was wohl in den Einzelstaaten nicht als erwünscht angesehen werden würde. Der Vertrag mit Baden ist abgeschlossen, ohne daß irgendwie bemerkbar gewesen wäre, daß Baden mit dem Entgegenkommen des Reichs nicht zufrieden gewesen wäre. Allerdings hätte ohne den Bau der Bahn der Umbau des Bahnhofs Karlsruhe noch etwas warten können; aber Baden hat einen höheren Zuschuß bekommen als andere Einzelstaaten; deshalb kann ich nur bitten, die Resolution abzulehnen.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Schulz bestreitet, daß Baden einen erheblichen Zuschuß für die in Rede stehenden strategischen Bahnen leisten müsse. Das Defizit der badischen

Staatsbahn sei ein sehr geringes und auf die früher gebauten badischen Bahnen entfalle davon nur ein geringer Bruchteil, ja, die Bahnen hätten zum Teil einen erheblichen Ueberschuß gebracht. Uebrigens müsse man bedenken, daß das Reich 95 pCt. der Baukosten als Zuschuß gewährt.

Badischer Bevollmächtigter v. Draner: Trotz des Reichszuschusses zu den Baukosten decken die Einnahmen der Bahnen die Betriebskosten nicht, und so weit dies geschieht, werden dadurch Einnahme-Ausfälle bei den fünf alten Stammbahnen hervorgerufen. Deshalb wäre der Antrag wohl wünschenswerth, aber bei Abschluß des Vertrages ist das alles erörtert worden. Es wurde anerkannt, daß das Reich nichts Unbilliges verlangt und daß Baden die Kosten, die ihm entstehen, im Interesse der Sicherheit decken müsse.

Abg. Lender (B.): Ich kann den Antrag, der von Abgeordneten aller Parteien unterstützt ist, nicht als ungerecht anerkennen. Es soll kein Einzelstaat belastet werden zu Gunsten des Reichs. Wenn die Bahnen im Interesse der Landesverteidigung nötig sind, muß auch das Reich die Kosten des Betriebes tragen.

Staatssekretär v. Malshahn: Wenn das Reich die Betriebskosten mittragen soll, dann würde es weniger Zuschuß zu den Anlagekosten geben; es müßte ferner den Betrieb beaufsichtigen können.

Die Abgg. Lender (Hr.) und Hug (Hr.) halten es für notwendig, daß der Grundsatz ihres Antrages wenigstens in Zukunft angewendet wird.

Der Titel wird darauf genehmigt; der Antrag aber gegen die Stimmen des Zentrums und der sozialdemokratischen Abgeordneten v. Reesbach und Hiedel abgelehnt.

Ohne Debatte werden die übrigen Etatkapitel: Besonderer Beitrag von Eisaß-Lothringen, Zinsen aus belegten Reichsgeldern, Ueberschüsse aus früheren Jahren, Matrikularbeiträge und außerordentliche Deckungsmittel genehmigt, ebenso das Etats- und das Anleihegesetz. Der Etat schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 1 257 600 611 M. und zwar betragen die laufenden Ausgaben 1 005 419 231 M., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 82 706 604 M., des außerordentlichen Etats 169 474 776 M.

Damit ist die zweite Beratung des Etats erledigt.

Die allgemeine Rechnung für 1889-90 wird der Rechnungskommission überwiesen; die Vorlage zur Ermöglichung der Gesetze betreffend die Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern wird in dritter Beratung endgiltig angenommen.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung angenommen.

Hierzu liegt ein Antrag der Abgg. Brömel und Merbach vor: Den Reichskanzler zu ersuchen, die gesetzliche Einführung einer in das metrische System passenden Bezeichnung für 100 Kilogramm in Erwägung zu ziehen und dem Reichstage eine darauf bezügliche Vorlage zu machen.

Abg. Brömel (Hr.): Aus der neuen Gewichtsordnung ist der Ausdruck „Zentner“ vollständig verschwunden. Landwirtschaft und Statistik haben aber an einer kurzen Bezeichnung für 100 Kilogramm ein großes Interesse; deshalb kann ich die Resolution mit gutem Gewissen empfehlen.

Abg. Merbach (Hr.) weist darauf hin, daß es noch manche Stätten im Deutschen Reich gäbe, wo das Pfund noch eine gesetzliche ganz unrichtige Existenz fristet. Man solle damit endlich ein Ende machen.

Ueber die Resolution wird erst bei der dritten Beratung abgestimmt werden.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wird ohne Debatte erledigt.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Handelsvertrag mit Columbien und erste Lesung der Novelle zum Unterstützungswohnst-Gesetz).

## Tokales.

Auf Requisition der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I wurden gestern die zur Ausgabe am 18. März bestimmten Blätter: 1. ein von Fritz Wille herausgegebenes illustriertes Blatt, 2. die rote Festschabe des „Vollsbatts“ für Zeltow-Beeskow u. s. w., 3. die rote Nummer des „Sozialist“ mit Beschlagnahme belegt und wurde nach den Exemplaren der Blätter angeblich auf 40 Stellen gehausucht.

Von dem ersten Blatte nahm die Polizei die noch im Druck befindliche zweite Auflage, soweit sie hergestellt war, weg. Vom „Vollsbatt“ fielen ihr in der Expedition 4000 Exemplare in die Hände.

Nach Angabe der hausuchenden Beamten wäre die Maßregel in erster Linie veranlaßt durch die falsche Notiz, die über die Beschlagnahme des Wille'schen Blattes am Dienstag durch die Zeitungen gegangen war.

Auf die seitens des „Vollsbatts“ für Zeltow-Beeskow u. s. w.“ ergangene Anfrage an die Staatsanwaltschaft, welches der Grund zur Beschlagnahme sei, ist Antwort noch nicht ergangen. Der Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme ist bei Gericht gestellt.

Den Genossen zur Kenntnis, daß für Rixdorf die Ernennung einer Person notwendig wurde, welcher der Betrieb unserer Tagespresse besonders am Herzen liegt. Diese Aufgabe habe ich dem Genossen Rehner übertragen. Derselbe nimmt alle Bestellungen auf unsere Tagesliteratur entgegen. Es ist ihm zur Pflicht gemacht, seine gegnerischen Schriften zu verbreiten. Gleichzeitig mache ich noch die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß Sonnabend, den 18. März, der Sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ sein diesjähriges Winterfest veranstaltet, wozu ganz besonders die Genossen eingeladen sind. Robert Köppen, Vertrauensperson.

Auf eine Kezerei des orthodoxen „Reichsbote“ macht uns ein kirchenthümlicher Atheist aufmerksam. Den Antisemiten ist es ein großer Aergernis, daß Jesus selbst Semit ist, und ist deshalb auch schon der Versuch gemacht worden, Jesus als Arier hinzustellen. Damit wird nun wieder an den Fundamenten der christlichen Lehre gerüttelt, und Sünder und Genossen ergeben ihren Hohn über dergleichen Veruche. Der christlich-orthodoxe „Reichsbote“ sucht sich damit zu helfen, daß er behauptet, daß Christus wegen seiner Götlichkeit überhaupt keiner Rasse zugerechnet werden dürfe. Das ist vom theologischen Standpunkte eine Kezerei, und es ist drollig, daß der „Reichsbote“ von „Zubenknechten“ und „Atheisten“ darüber belehrt werden muß. Nach der Lehre der Kirche von Christus sind in ihm zwei Naturen, er ist wahrer Gott und wahrer Mensch zugleich; als Mensch ist er vom Weibe geboren und gehört durch seine Mutter einem Volk und einer menschlichen Rasse an. Wer das leugnet, bekennet sich zur „Irrlehre“ der Monophysiten, die von der katholischen wie von der lutherischen Kirche in gleicher Weise verdammt wird, wie die Leugnung der Götlichkeit Christi.

Geschäftsfreimüthige werden im „freimüthigen Bezirksverein Neu-Kölln“ geübt. Vor uns liegt ein vertraulich versandtes Zirkular seines Vorstandes, das von elf Herren, darunter drei freimüthigen Stadtverordneten, unterzeichnet ist. Dasselbe giebt den Zweck des Vereins, neben der Organisation der Wohlthätigkeit, so an: „Ferner Zweck des Vereins ist, die Bewohner der oben genannten Stadtbezirke untereinander bekannt zu machen und sie geschäftlich und gesellschaftlich näher zu führen“. Der Vorstand eines politischen, freimüthigen Vereines fordert also hier dazu auf, aus geschäftlichen Beweggründen dem Freimüthigen beizutreten. Diejenigen, die dem freimüthigen Verein beitreten, sollen ein Geschäft machen, die anderen werden also indirekt gebozolltet. Man theilt uns übrigens mit, daß ähnliches in den Zirkularen freimüthiger Vereine schon wiederholt gesagt worden sei.

Die von uns sowie mehreren andern Blättern gebrachte Reporternotiz, wonach infolge einer Denunziation beim Fabrikanten Wagnere eine polizeiliche Hausdurchsuchung nach Dynamitbomben stattgefunden, stellt sich als eine Ente heraus. Herr Polizeipräsident v. Richtigofen sendet uns folgende Berichtigung: „Die in der Beilage zu Nr. 62 des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt“ Seite 2, Spalte 2 unter der Ueberschrift: „Ein Mißverständnis“ abgedruckte Notiz, es sei bei der Polizei Anzeige erstattet worden, daß bei dem Gutzavenerstr. 8 wohnhaften Fabrikanten Wagnere Bomben angefertigt würden und es sei infolge dessen bei Wagnere eine Durchsuchung durch Polizeibeamte vorgenommen worden, ist un wahr.“

Arbeit um jeden Preis ist heute die Sehnsucht so vieler Tausende. Die Noth lehrt sie, jede Rücksicht darauf zu vergessen, daß sie dadurch nur den Lohn herabdrücken und die allgemeine Noth vermehren. Die Erhaltung des eigenen Lebens, der nagende Hunger, der augenblickliche Befriedigung verlangt, läßt die Abwägung des allgemeinen Interesses, den Gedanken an morgen, das Gefühl der Solidarität gar nicht aufkommen. Die augenblickliche Noth will befriedigt sein, und leider steht die große Masse der Arbeiter noch jeder Organisation fern, die ihnen einen Halt gewähren könnte. Solch ein unter tausenden in gleicher Lage Befindlicher isolirt dastehender Arbeiter nimmt schließlich jede Arbeit unter allen Bedingungen an. Oft aber ist er selbst hierzu nicht in der Lage, denn mit der Arbeit erhält er noch kein Brot, wie folgendes Beispiel lehrt. Ein junger Mann von 24 Jahren tritt am Donnerstag gegen 9 M. Wochenlohn als Hausdiener in einer Steindruckerei ein. Am Sonnabend ist Lohnzahlung; nach der Fabrikordnung wird ein Tagelohn einbehalten. Der Hausdiener hat also nur für zwei Tage Lohn zu erhalten. Von diesen werden ihm aber für Krankenkasse, Einschreibegel, Altersversicherung u. 238 M. abgezogen, so daß ihm nur noch 62 Pf. bleiben. Ein kleiner Zuschuß wurde ihm verweigert. Er kündigte sofort zum Montag; da erhielt er wenigstens den Lohn für zwei Tage. Was blieb ihm sonst übrig? Wovon sollte er bis zum nächsten Sonnabend leben, wenn er bei der Arbeit blieb? Um leben zu können, mußte er die Arbeit aufgeben.

Von zehn Milchpläntzchern veröffentlicht das Polizeipräsidium unterm 13. d. M. die Namen, bei denen wiederholt Milch entnommen wurde, welche den Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 8. Juli 1887 nicht entsprach und die deshalb mehrfach bestraft wurden. Es sind dies: Karl Beutel, Stromstraße 98; Theodor Brun, Blumenstr. 21; Heinrich Dierig, Bernauerstr. 73; August Fehmer, Kopenstr. 62; Franz Eist, Pafewallerstr. 11; Dorothea Mühlberg, Kopenstr. 88; Karl Wäsel, Pafisadenstraße 16; Heinrich Schröder, Pofenerstr. 11; Louis Schumann, Naunpstr. 69 und August Steinicke, Stralauerplatz 17. Wie aus den angeführten Straßen ersichtlich, ist es auch hierbei die arbeitende Bevölkerung, welche das Ausbeutungsobjekt abgiebt. Auch die Butterhändler Robert Carlipp, Grünauerstraße 40 und Eisenbahnstraße 29 und R. Kutschera, Rantseffstr. 105 und Faldenfeinstr. 23 sind auf Grund des Nahrungsmittel-Gesetzes wiederholt bestraft worden, weil ihre Butter mit Margarine verfälscht und selbst reine Margarine als Naturbutter verkauft worden war.

Die Verlegung des Viehmarkts auf den Montag hat unter den Schlächtermeistern eine große Bewegung hervorgerufen. Am Dienstag Abend fand eine große Versammlung der Schlächtermeister statt, welche die Begründung einer „Viehmarktsbank“ auf Aktien mit einem Grundkapital von 1 Million Mark beschloß. Der Vorschlag, mit den Viehkommissionären in Verhandlung einzutreten, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. Auf dem hiesigen Viehhof ist unter den bedeutenden Ueberschänden an Rindern und Schweinen vom letzten Hauptviehmarkt die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, infolge dessen dürfen Thiere vom Viehhof nicht lebend entfernt werden. Die Zufuhr ist selbstverständlich gestattet.

Bezüglich des gestern gemeldeten Unglücksfalles in Rixdorf, Treptowerstraße, wird uns berichtend mitgeteilt, daß das einjährige Kind, welches aus dem Fenster gefallen war, noch am Leben ist, und voraussichtlich wieder hergestellt werden wird.

Verschwinden ist seit Donnerstag, den 9. März, der Goldschmied Richard Koppe, Große Hamburgerstr. 20 wohnhaft. K., dessen Geschäft unter der Ungunst der Zeit zu leiden hatte, hatte sich eingebildet, daß er seinen geschäftlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne und nicht mehr in der Lage sei, sich und seine Frau zu ernähren. Diese fixe Idee machte den Mann so tief sinnig, daß er nur mangelhafte Nahrung zu sich nahm und gänzlich von Kräften kam. Am Donnerstag wollte er sich nach seiner in der Oranienburgerstr. 5 belegenen Werkstätte begeben, wohin ihm seine Gattin wenige Minuten später folgte; die letztere traf jedoch K. dort nicht mehr an, welcher nach kurzem Aufenthalt das Geschäft wieder verlassen, angeblich um sich ein wenig in der frischen Luft zu erholen. Seitdem ist der Fabrikant, welcher 36 Jahre zählt, verschwunden. Es wird vermutet, daß der Bedauernswerte in einem Anfall von Geistesstörung sich das Leben genommen hat.

Einen schaurigen Tod erlitt am Dienstag die 17jährige Martha Kadecke, welche Löhnowplatz 12 bei einer Verwandten im Geschäft und in der Wirthschaft thätig war. Die Unglückliche war in der Waschküche dem Herde, rückwärts gehend, zu nahe gekommen und stand plötzlich in Flammen. Ehe ihr Hilfe werden konnte, war sie von Brandwunden so bedeckt, daß auch die ihr im Elisabeth-Hospital zu theil gewordene liebevolle Pflege sie nicht zu retten vermochte. Nach kurzer Zeit erlag sie ihren Verletzungen.

Die Landung des Ballons „Humboldt“ ist, wie eine telegraphische Meldung aus Rogasen (Provinz Posen) besagt, gestern Nachmittags 3 Uhr 20 Minuten daselbst glücklich von Natten gegangen. Die wissenschaftliche Ausbeute dieser Luftfahrt dürfte eine sehr große sein, da der Ballon die kolossale Höhe von über 6000 Metern erreicht hat. Nähere Angaben fehlen noch.

Marktpreise in Berlin am 14. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen pro 100 Kg. guter von

15,00—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,80 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,20—13,00 M., mittlerer von 12,90—12,70 M., geringerer von 12,60—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,30 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Stroh, Nichts per 100 Kg. von 4,50—4 M. Heu p. 100 Kilogr. von 7,10—5 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,50 M. Hirsfleisch von der Stelle per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,50 bis 1,50 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kafe von 3,00—1,20 M. Sander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,50—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Stie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

**Polizeibericht.** Am 14. d. M. Nachmittags sprang ein an einer unheilbaren Krankheit leidender Kaufmann von der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Raubmordprozess.** Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Dienstknecht Karl Friedrich Wilhelm Kühn, welcher beschuldigt war, in Gemeinschaft mit dem nicht ermittelten Täter Otto Hahn auf offener Landstraße einen Raubmord begangen zu haben. Der Angeklagte befindet sich noch im jugendlichen Alter, er hat kaum das zwanzigste Jahr erreicht. Aus seinem Geständnis in Verbindung mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme läßt sich folgender Sachverhalt wiedergeben: Der Journealgewerbetreibende Mählburg aus Jerpenschleuse fuhr häufig nach Berlin, begab sich nach Neu-Weißensee, um Futter zu verkaufen. Im letztgenannten Orte pflegte Mählburg bei dem Schankwirth Bachhaus auszuspannen. Dies geschah auch am Sonnabend, den 29. Oktober v. J. Der in Neu-Weißensee bei seiner Mutter, der Wittve Kühn, lebende Angeklagte hatte kurz zuvor bei Mählburg als Pferdewagenknecht gedient, seinen Dienstreifen aber in Unfrieden verlassen. Er war nun seit 14 Tagen ohne Arbeit geblieben. Sein gleichaltriger Freund, der Täter Otto Hahn, hatte ihn am Morgen des 29. Oktober besucht und ihm erzählt, daß er 14 Tage wegen Diebstahls in Untersuchungshaft sich befinden habe. Sie hatten sich gegenseitig ihr Leid gesagt, weil sie kein Geld besaßen. Am Abend des genannten Tages rüstete Mählburg sich zur Rückfahrt nach Jerpenschleuse. Er stand in der Bachhaus'schen Gaststube und ließ sich ein paar Zigarren geben, als ein Nachbar hineintrat und bat, ihm einen Hundertmarkschein zu wechseln. Mählburg erbot sich dazu und wechselte den Schein. Hierbei warf der Gastwirth Bachhaus einen Blick nach dem unverhaltenen Fenster. Er sah, daß Kühn und Hahn vor dem Fenster standen und das Wechselgeschäft beobachteten. Der Heuge befandete, daß die Gesichter der beiden Zuschauer einen so begehrlischen Ausdruck angenommen hatten, daß ihm unwillkürlich der Gedanke gekommen sei, die beiden Burtschen seien eines Verbrechens fähig. Bevor Mählburg abfuhr, machte er ihm von dem Geschehenen Mitteilung und warnte ihn. „Ach was“, erwiderte Mählburg, „was wollen die Jungen mir wohl thun“. Er besiegte seinen Leitwagen und fuhr fort. Inzwischen hatten die beiden Burtschen thätlich ein Verbrechen geplant. Da das Geld müßen wir haben und wenn wir ihn kalt machen sollen“. So hatte Hahn zu seinem Genossen beim Anblick des Geldes geäußert und Kühn war sofort dazu bereit. Sie begaben sich auf den Hof des Gastwirths Bachhaus und suchten dort geeignete Instrumente. Kühn fand einen schweren Spatenstiel von Buchenholz, den er sich aignete, Hahn einen anderen dicken Knüttel, mit dem er sich bewaffnete. Sie lanerten dann den Mählburg am Ausgange des Hofes auf. Derselbe kam auch bald angefahren. Die Begelagerer hatten verabredet, dem Wagen zu folgen und den Mählburg unterwegs zu überfallen. Zunächst wurde ihnen ein Streich durch die Rechnung gemacht, denn zwei von Mählburg eingeholte Fußgänger erhielten auf ihre Bitte die Erlaubnis, eine Strecke Weges mitzufahren. Die Begleiter des Mählburg verließen ihn in Französisch-Buchholz, Mählburg fuhr alleine auf dem Wege nach Schönerlinde weiter. Die beiden Mordgesellen folgten ihm unbemerkt. Der Wagen fuhr langsam auf dem Sommerwege weiter, der Mond beleuchtete den Weg und zeigte den Burtschen, daß die Gegend sonst menschenleer war. Sie hielten die Gelegenheit zur Ausführung ihres Mordplanes für günstig und schlichen sich näher an den Wagen heran. Mählburg war auf seinem Sitz eingeschlafen, sein Kopf hatte sich auf die rechte Seite geneigt und hing über den Leitwagen hinaus. Kühn näherte sich von der rechten Seite und führte mit dem Spatenstiel einen furchtbaren Stoß von hinten gegen den Kopf des Schlafenden. Der Betroffene sank etwas zurück und machte stöhnend mit der Rechten eine abwehrende Bewegung. Kühn schlug aber noch dreimal zu, Mählburg sank rückwärts in den Wagen zurück. Nun sprang Hahn, der inzwischen die Pferde gehalten, auf den Wagen und führte auf den Ohnmächtigen, der noch rächelte, vier weitere Hiebe mit seinem Knüttel. Als er zum fünften Schläge ausholte, fiel ihm Kühn in den Arm mit den Worten: „Das' sein, er hat genug!“. Sie führten den Wagen dann auf eine benachbarte Wiese, Hahn durchsuchte den Körper des Ertrunkenen und fand das Portemonnaie. Mit dieser Beute entfernten sich die jugendlichen Räuber, den Wagen auf der Wiese stehen lassend. Das Fuhrwerk wurde in der Frühe des folgenden Morgens gefunden; der Kasten unter demselben war mit dem Blute des Ertrunkenen bedeckt und Blutspuren führten nach der Stelle, wo die grausige That geschehen. Kühn und Hahn begaben sich zunächst nach Pantow. Unter einer Gaslaterne öffneten sie das Portemonnaie und theilten die Beute, Kühn will etwa 37 M. erhalten haben. Dann gingen sie nach Berlin und trieben sich in Nachtlokalen umher. Am folgenden Morgen kauften sie sich neue Anzüge und begaben sich nach Hause. Während Kühn sich schlafen legte, zog Hahn sich um und ging davon. Er ist nicht wieder ermittelt worden. Als die That ruckbar wurde, äußerte der Gastwirth Bachhaus sofort: „Das haben Kühn und Hahn gethan!“. Er machte dem Genossen Mitteilung von dem, was er Abends zuvor gesehen, Kühn leugnete nach seiner Verhaftung amangs beharrlich. Er hatte die Zelle mit einem zweiten Gefangenen zu theilen. Während der Nacht führte Kühn im Schlaf so wirre Reden, daß sein Mitinsasse ihn weckte, Kühn mußte nun seinem Herzen Luft machen, er gestand die That ein und wiederholte das Geständnis vor dem Amtsrichter.

Im Verhandlungstermin benahm der Angeklagte sich höchst gleichmüthig, er schränkte nun sein früheres Geständnis dahin ein, daß er und Hahn nicht die Absicht gehabt hätten, den Mählburg zu tödten, sondern sie hätten ihn nur betäubt und dann berauben wollen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ledemann, nahm hieraus Veranlassung, die Unterfrage auf vorläufige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgang zu stellen und in diesem Sinne zu plädieren, während der Staatsanwalt für zweifellos hielt, daß ein wohlüberlegter Raubmord vorliege, wie er schlimmer kaum gedacht werden könne. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Mordes und des schweren Raubes schuldig, worauf das Urtheil

des Gerichtshofes auf Todesstrafe und Ehrverlust lautete.

Der Beurtheiler nahm das Erkenntnis mit schlichter Bewegung entgegen, er vermochte sich kaum auf den Beinen zu halten. Auf einer Bank auf dem Stercor auf sich eine betagte Frau im tiefsten Seelenqualm. Es war die Mutter des Beurtheilten.

## Soziale Uebersicht.

### Achtung, Gewerkschaften Berlins!

Diejenigen welche noch Sammellisten für die ausgesperrten Bergarbeiter, sowie Sammelisten für die Gewerbegerichts-Wahlen in Händen haben, werden hierdurch aufgefordert, diese Listen bis spätestens zum 1. April an nachfolgende Stellen abzugeben. R. Millard, Tischler, Lehrstr. 22; A. Massini, Buchdrucker, Belle-Alliancestr. 66; O. Böll, Gutmacher, Pappelallee 3/4; A. Köpcke, Former, Skalitzerstr. 63/64; G. Sasse, Federwischer, Sophienstr. 28; S. Haber, Goldarbeiter, Bräunerstr. 4. Außerdem machen wir unsere Genossen, welche in der Gewerbegerichts-Wahl zu Weisern gewählt worden sind, darauf aufmerksam, daß am Montag, den 20. März, eine Versammlung der Gewerbegerichts-Beisitzer stattfindet, zu welcher die Einladung noch durch Postkarte erfolgen wird. Wir eruchen die Eingeladenen, sämmtlich zu erscheinen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streit-Kontroll-Kommission.  
Im Auftrage:  
Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 4, S. L.

### Achtung, Metallarbeiter!

Unter den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes macht sich eine lebhafteste Bewegung bemerkbar gegen die selbständige Stellung der Berliner Metallarbeiter; es wird verlangt, daß die Berliner Kollegen sich der Zentralisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, und wird auch, wie aus der großen Anzahl der hierzu gestellten Anträge zu erwarten steht, voraussichtlich die am 3. April d. J. in Alenburg stattfindende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den bisherigen Zustand des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Organisationen aufheben, obwohl der allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. 1891 den Berliner Metallarbeitern ihre Selbständigkeit bezeugt und die kurz vorher neugeschaffene Organisation, unsern Verband, anerkannte.

Hierdurch werden wir vor die hochbedeutsame Frage gestellt, ob wir dem Verlangen der deutschen Kollegen Rechnung tragen und uns dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, oder, ob wir unsere bisherige Organisation auch fernerhin hochhalten wollen.

Um diese Frage zu entscheiden, findet am Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend statt, mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband?“

Kollegen! Es ist an Euch, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen, und selbst zu bestimmen, unter welcher Flagge wir in Zukunft weiter marschieren wollen, zu entscheiden, welcher Weg der bessere ist.

Da die Versammlung im Zentrum stattfindet, so ist es jedem Mitglied möglich, dieselbe zu besuchen. Mitgliedskarte legitimirt. Mit Gruß

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.  
J. R.: Otto Räther, N. Fehrbellnerstr. 24.

Der Gemeinderath von Eisenach beschloß die Errichtung eines Gewerbegerichts.

Der Ausbruch der Steinbildhauer des Widger'schen Steinmeßplatzes hat mit einem Siege der Ausschüssigen geendet. Die Herren Gebrüder Knoll unterzeichneten als Unternehmer ein Schriftstück, wonach sie sich verpflichteten, keinen Bildhauer unter einem täglichen Lohn von 6 M. zu beschäftigen, die ausstehenden Bildhauer sämmtlich zu gleicher Zeit wieder einzustellen, und der von den Gehilfen gewählten Kommission Vorbehalt und Kontrolle über etwaige Entlassungen zu gestatten. Ferner versprachen die Herren Gebrüder Knoll auf Ehrenwort, jegliche Maßregelungen oder Handlungen, welche als solche anzusehen sind, zu unterlassen. Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins

Die von den Mainzer Brauereigehilfen in einer Versammlung am 25. Februar aufgestellten Forderungen sind jetzt von der Lohnkommission der Gehilfen formulirt und den hiesigen Brauereigehilfen per Formular zugestellt worden. Die Forderungen lauten: Zehnstündige Arbeitszeit, und zwar vom 1. April bis 1. Oktober von Morgens 5 Uhr bis Abends 6 Uhr, inkl. 8 Stunden Pause, und vom 1. Oktober bis 1. April von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit 2 Stunden Pause. Die Sonn- und Feiertagsarbeit soll möglichst und zwar am höchstens zwei Stunden beschränkt werden. Diese zwei Stunden wollen die Gehilfen umsonst arbeiten; die nöthig werdenden Ueberstunden sollen Sonntag mit 60 Pfg., Werktagen mit 50 Pfg. pro Stunde vergütet werden. Jedem Gehilfen sollen täglich 6 Liter gutes Bier, wie solches den Wirthen geliefert wird, verabfolgt werden. Die bisher übliche monatliche Lohnzahlung soll abgeschafft und an deren Stelle ein wöchentlicher Mindestlohn von 24 M. treten, die Lohnzahlung soll Sonnabends erfolgen. Weiter wird verlangt: Abschaffung der Zwangskassen, vollständiges Koalitionsrecht und für die in den Brauereien wohnenden Gehilfen freies Besuchsrecht und zwar Werktagen von 6—8 Uhr Abends und Sonntags von 10—12 Uhr Vormittags. In mehreren Versammlungen haben sich die Mainzer Gewerkschaften, so die Saxeimer, Schuhmacher, Schneider, Bildhauer, Metallarbeiter, der Verband der nichtgewerblichen Arbeiter und der Frauenverein, mit den Forderungen der Brauer solidarisch erklärt und in Resolutionen beschlossen, im Falle eines Ausstandes sie zu unterstützen.

Zwei westfälische Gerichtsurtheile. Während des Streiks hat der Bergmann Stephan Chraffel aus Ober-Castrop arbeitende Bergleute auf dem Rückweg von der Zeche zur Teilnahme am Streik zu nöthigen versucht und sie dabei mißhandelt. Die Bochumer Straßammer verurtheilte ihn deshalb zu nicht weniger als drei Jahren Gefängnis. Genau so, wie Chraffel gethan, mißhandelte der Bergmann Dornseif in Lützen-Dortmund Bergleute. Er kam mit 20 M. Geldstrafe davon. Warum? Er hat die arbeitenden Bergleute durch Mißhandlung freitender oder zum Streik aufmunternder Kameraden vor der Vertheilung am Streik schützen wollen. Haben die Richter recht entschieden? Dumme Frage. Natürlich entschieden sie recht. Das Recht im Klassenstaat ist von der herrschenden Klasse geschrieben, die Richter sind im Geiste dieser herrschenden Klasse aufgewachsen, sie sehen deshalb objektiv sowohl wie subjektiv im wirtschaftlichen Komplex des Arbeiters gegen den sogenannten Arbeitgeber, eben der Vertreter der herrschenden Klasse, ein Vergehen gegen die Weltordnung, als deren Hüter sie sich betrachten, und deshalb fällen sie solche äußerlich widerspruchsvolle Urtheile wie die beiden eben erwähnten. Inbald sind beide Urtheile aus einem und demselben Guffe; sie sind Akte der Justiz, wie sie im Klassenstaate nicht anders sein kann.

## Veranstaltungen.

Die Kellner Berlins waren in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch im Philipp'schen Saale versammelt. Der frühere Kellner, jetzt Gastwirth M. Herzberg als Referent tabelte das gegenwärtige Stellenvermittlungswesen, welches sowohl von Privaten als auch von Berufsvereinen, an deren Spitze der Berliner Verein vom deutschen Gastwirthsverband marschire, dazu benutzt werde, den Kellner auszubeuten. Als bestes Mittel empfehle er den Beitritt zum Verein Berliner Gastwirthsgehilfen, der den Arbeitsnachweis kostenlos betreibe. Kollege Pöhl's berichtete dann über die im Bürger-Saale des Rathhauses stattgefundene Konferenz von Vertretern solcher Vereine, welche sich mit Arbeitsnachweis befaßen, um am Schlusse die Annahme folgender Resolution zu empfehlen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Kellner und Berufsgehilfen steht den Bestrebungen des Herrn Magistratsassessor Dr. Freund, die Regelung der Berliner Arbeitsnachweise betreffend, sympathisch gegenüber, ist aber der Ansicht, daß der Magistrat selbst verpflichtet ist, für eine radikale Lösung dieser Frage dadurch zu sorgen, daß 1. auf Kosten der Stadt eine Arbeitsbörse erbaut werde, in welcher den Gewerkschaften Büreaus eingeräumt werden, 2. daß die Arbeitsvermittlung in den Händen der Gewerkschaften selbst verbleibe, während einem eventuell zu wählenden Ausschuss der Arbeitgeber nur gewisse Funktionen einzuräumen sind. Die Versammlung hält es außerdem für nöthig, daß von Geseßwegen jede private Stellenvermittlung gegen Entgelt als Unrecht verboten werde.“ Nach der im Sinne der Vordredner gehaltenen Diskussion, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenes“ gelangten die Arbeitsverhältnisse des Ausschanktotalen der Brauerei Friedrichshain (früher Lips) zur Sprache und wurde von mehreren Rednern getadelt, daß ebenso wie die bürgerlichen Blätter, der „Vorwärts“ es abgelehnt habe, einen dieses Lokal betreffenden Aufsatz zu veröffentlichen, in welchem kritirt wird, daß die Beförderung (und Belohnung) nicht mehr als „alles zu wünschen übrig lasse.“ (Siehe „Gastwirthsgehilfe“ Nr. 9.)

Betreffs der gegenwärtig im Kreise der unter der Flagge des Harmoniebundes stehenden „vereinigten Fachvereine“ der Kellnerschaft zirkulirenden Fragebogen, wodurch wegen Regelung der Arbeitszeit dem Herrn Minister v. Berlepsch Material zur Ausarbeitung eines Spezial-Gesetzes für gastwirthschaftliche Arbeiter verschafft werden soll, stimmte die Versammlung folgender Resolution zu:

„Die Versammlung der Berliner Gastwirthsgehilfen protestirt gegen das Vorgehen der „vereinigten Berufsvereine“ in bezug der gegenwärtig stattfindenden statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, weil man die Fragebogen der Öffentlichkeit vorenthält und darum die zu erzielenden Resultate unvollständig sein werden.“

Die Agitationskommission wurde beauftragt, sich solche Fragebogen zu verschaffen und für Ausfüllung derselben zu sorgen.

Der Bericht des Delegirten zur Streit-Kontrollkommission und Neuwahl derselben, sowie Neuwahl der Agitationskommission, wurde wegen vorgerückter Morgenstunde der nächsten Versammlung übertragen.

Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die gut verlaufene Versammlung.

Eine öffentliche Fitzschuharbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die von annähernd 400 Personen besucht war, tagte am 18. März. Sie nahm zunächst den Bericht über den Stand des Streiks bei der Firma Landsberger entgegen. Nach demselben dauert der Streik fort und ist begründete Hoffnung vorhanden, daß er siegreich durchgeführt wird. Die Herren Schmolting, Lange und Valerius gingen näher auf die Mißstände ein, welche den Streik veranlaßten, und ermahnten die Streitenden zur Standhaftigkeit. Die Versammlung erklärte sich mit den Streitenden solidarisch und verpflichtete sich, für dieselben mit allen Kräften einzutreten. Herr Menzel referirte darauf über die Lage der in der Fitzschuhbranche thätigen Personen. Es habe sich in diesem Industriezweige die Saisonarbeit eingebürgert. Zweimal im Jahre würden auf kurze Zeit die vorhandenen Arbeitskräfte benutzt, während der andern Zeit schloßen sich die Thüren der Fabriken und Werkstätten für zwei Drittel derselben. Ein Krebschaden in unserem wirtschaftlichen Leben, unter dem gerade die Fitzschuharbeiter sehr zu leiden hätten, sei die Zuchtlosigkeit und Gefährlichkeit. Ein Fabrikant beschäftigte eine ganze Menge Straußberger Korrigenden und zahle pro Tag und Mann 70 Pfennig. Der Herr thue sich noch groß damit, daß er für diesen Preis dieselbe Menge täglich gearbeitete erhalte, wie von einem „freien“ Arbeiter, der viel mehr beanspruche. Mehrere Fabrikanten ließen theils in Sonnenburg, theils in Straußberg arbeiten. Die Konkurrenz der Opfer der heutigen Gesellschaft, welche dort gehalten gehalten werden, könne der vielgepriesene „freie Arbeiter“ natürlich nicht gut vertragen. Darauf klagten sich schon die Fabrikanten, wenn von ihren Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen gefordert wurden. Herr Schilzweg habe einfach erklärt, er lasse dann in Straußberg arbeiten, wenn seine Arbeiter nicht mit dem von ihm gezahlten Akkordpreis auskämen. Von der Regierung erwartete Redner keine Hilfe, die Arbeiter müßten sich selbst helfen. Zunächst sei die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen, die übrigens in einigen besseren Fabriken schon bestesse. Auch die miserablen Lohnverhältnisse müßten aufgebessert werden. Das Frühjahr sei die beste Zeit, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen. Wenigstens müsse der Versuch einer Auseinandersetzung mit den Fabrikanten gemacht werden. An der Debatte beteiligten sich die Herren Gattner, Lange, Schmolting, Jeske, Willner, Rad, Junter, Dahlmann, Wolf, Krause, Kühn, Schröder, Niederauer. Einige der Redner erörterten die gesellschaftlichen Mißstände im Allgemeinen, die meisten dagegen übten scharfe Kritik an den Fabrik- und Verhältnissen in der Fitzschuh-Branchen. Brauereigehilfen Uebelstände, vornehmlich in sanitärer und sittlicher Beziehung, wurden zu Tage gefördert. Durch die Schilderung der Zustände in der Gräfe'schen Fabrik (Röpendorferstr.), sah sich der überwachende Beamte veranlaßt, die betreffende Firma seinem Rotzibuche einzuverleiben. Die Entlassung von fünf Arbeitern der Firma Krause kam ebenfalls zur Verhandlung. Sie wurde als indirekte Maßregelung von einem Redner erklärt. Von mehreren Seiten wurde der Vorschlag gemacht, daß ein einheitlicher Lohn-tarif ausgearbeitet und den Unternehmern vorgelegt werde. Dazu wurde von einem Redner vorgeschlagen, erst eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen, damit eine Grundlage für die Tarifausarbeitung vorhanden sei. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erkennt an, daß die Lage der Fitzschuharbeiter immer schlechter wird, was zum Theil der Konkurrenz der Gefangenenarbeit zu verdanken ist. Da die Versammlung erkennt haben, daß von der Regierung in dieser Beziehung keine Abhilfe zu erwarten ist, beschließen sie, das Nest in die Hand zu nehmen und sich selbst zu helfen. In Anbetracht dessen beschließt die Versammlung, gegen die schlimmste Lohn-drückerei in diesem Frühjahr vorzugehen. Die Versammlung beschließt, für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und für die Einführung eines einheitlichen Lohn-tarifs einzutreten.“

Es ist in der organisirten Arbeiterschaft Gebrauch, Differenzen mit den Unternehmern zunächst dem Urtheil der gewerkschaftlichen Organisation zu unterbreiten und dieselben erst mit deren Einwilligung an die Öffentlichkeit zu bringen. Auf diesen Weg haben wir die betreffenden Genossen verwiesen. (Die Redaktion.)



Günter, Rädiger, Kint und Jung zu Werkstatt-Kontrollen gewählt wurden. Es wurde hierauf beschlossen, die Versammlungen fortan wieder Sonntags abzuhalten. Im Anschluß hieran forderte der Bevollmächtigte die Mitglieder auf, kräftig für einen zahlreichen Besuch der am 26. d. Mts. bei Habel, Bergmannstraße, tagenden Versammlung zu agitieren. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Zahlstelle, welche sich bisher bei Haase, Königgräberstraße, befand, nach der Ecke der Alten Jakobstraße und Hohlmannstraße verlegt worden ist.

Die Möbelpolierer hatten am 12. März eine Versammlung mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem am 4. April in Kassel stattfindenden Kongreß Deutscher Holzarbeiter. Auf dies Referat des Genossen Robert Schmidt folgte eine Diskussion, in welcher sich sämtliche Redner gegen die Errichtung eines Industrieverbandes in der gegenwärtigen Zeit erklärten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erblickt in der so schnellen Bildung eines Holzarbeiter-Verbandes vorläufig keinen Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und beschließt demzufolge von einer Besichtigung des Kongresses Abstand zu nehmen. Etwaige Anträge werden wir einem Vertreter eines verwandten Berufes mit nach Kassel geben; die vorgelegten Entwürfe weisen wir gänzlich von uns.“

Robert Schmidt erklärte sich bereit, eine ihm übertragene Vertretung zu übernehmen, und erhielt vom Bureau der Versammlung Vollmacht ausgehändigt. Unter gewerkschaftlichem Ersuchen zunächst Kollege Weber, mehr als bisher zur Deutung des Beschlusses der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beizutreten. Morlen seien bei ihm zu haben. Dann erstattete Kollege Franke Bericht über die letzte Sitzung der Streik-Kontrollkommission, in welcher bekanntlich das Submissionswesen zur Sprache gebracht wurde. Franke forderte die Kollegen auf, alle ihnen zu Gehör kommenden Mißstände mit Bemerkungen versehen bis zum 15. April an seine Person zu übermitteln. Nachdem mehrere derartige trasse Fälle, sowie die Schäden der Gefährdungsbereitschaft für den freien Arbeiter eingehend besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Steinmeherversammlung tagte am 12. März. Dieselbe erörterte zunächst die Mißstände, welche das Submissionswesen zeitigt, und beschloß, einschlägiges Material der Streik-Kontroll-Kommission zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß vom 15. März ab wieder zum Generalfonds gesteuert werden soll. Ferner wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß es das Prinzip der Meister ist, diejenigen Kollegen, welche für unsere Interessen eintreten, zu mahregeln, erachten wir es als unsere Pflicht, diese Kollegen materiell zu unterstützen. Ueber die Höhe solcher Unterstützung bestimmt die jeweilige Versammlung.“ Um sicheres Material über das Lebensalter, welches Steinmehrer erreichen, zu bekommen, wurden die Herren Bandscher und Albrecht damit beauftragt, eine Statistik über das Alter der in den nächsten zwei Jahren Sterbenden Kollegen zu führen. Einem Kollegen, der den Unternehmern gegenüber stets für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist, dafür aber bis vor wenigen Tagen ca. 18 Wochen hat jeiren müssen, wurden 75 M. Unterstützung bewilligt. In der sodann vorgenommenen Abstimmung zur Wahl des nächsten Kongressortes fielen von 94 abgegebenen Stimmen 78 auf Frankfurt a. M. und 11 auf München; die übrigen zerstreuten. Ein Vorschlag des Vertrauensmannes, demnachst ein Flugblatt über die Lage im Steinmehrgewerbe zu veröffentlichen, wurde mit Freuden begrüßt; die Kosten dazu wurden bewilligt. Ferner wurde Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Böhm gemacht, der sowohl, wie von verschiedenen Seiten betont wurde, in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung seine Schuldigkeit getan hat. Die Versammlung erhebt sein Andenken durch Erheben von den Sigen. Hiernach wurde die Versammlung gegen 12 Uhr Mittags geschlossen, um den Kollegen die Teilnahme an dem am auf zwei Stunden später anberaumten Begräbnisse zu ermöglichen.

Woltersdorf. Wenn es während der letzten großen Wahlkampagne noch möglich war, den ersten Versuch, hier eine sozialdemokratische Versammlung abzuhalten, mit dem Sozialistengesetz, sel. Anstandes, zu erwidern, wenn es ferner für die Folgezeit aus Gründen des so lästigen „Raummangels“ nicht möglich war, an die Öffentlichkeit zu treten, — so ist es dem beharrlichen Bemühen der wenigen vorgeschrittenen Genossen doch endlich gelungen am Sonntag, den 5. d. M., im Saale des Restaurants „Wilhelmshöhe“ (früher Kamerun) die erste öffentliche Volksversammlung zu Stande zu bringen. — Trotz des Bierlich-Samentos der Gegner war der Erfolg unser! Von nah und fern — zwei Meilen weit zu Fuß sind Leute gekommen, um, wie sie ausdrücklich bemerkten, „zu hören, was wir wollen“ — strömten sie herbei: der Jubel und der Applaus, der Handwerksmeister, Schiffer und auch der geistliche Proletariat repräsentirte sich. Einträchtiglich saßen oder standen sie beisammen und lauschten alle gleich begeistert dem in äußerlich leicht fahrlässig Sprache gehaltenen Vortrage des Genossen Kiepsch-Berlin, der an stelle des verhandelten Reichstags-Abgeordneten Stadthagen erschienen war. Wie sehr der Vortragende es verstand, unter Berücksichtigung der eigenartigen Zusammenfassung der Versammlung vom Herzen zum Herzen zu sprechen, bewies der begeisterte Beifall und die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und spricht die Ueberzeugung aus, daß nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages allein die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ernsthaft vertritt. Ferner erkennt die Versammlung in dem Uebergang zur sozialistisch organisierten Produktion das einzig rationelle Mittel zur Beseitigung des heutigen qualvollen Zustandes und zur Eringung eines menschenwürdigen Daseins. — Weiter wird dem Zentrum's-Abgeordneten Bachem und dem Deutschfreisinnigen Richter der gute Wille sowohl, als auch die Fähigkeit abgeprochen, ein maßgebendes Urtheil über den sogenannten „Zukunftstaat“ haben zu können, und endlich erklärt die Versammlung die sozialdemokratische Partei in jeder Weise unterstützen zu wollen, bis das Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, erreicht ist. —

An Schriften gelangten zur Vertheilung die „Rede Webel's in der Zukunftsstaats-Debatte“ und das „Volksblatt“. Nachdem der Vorsitzende zum regen Abonnement auf letzteres und ebenso zur Unterstützung des „Saalinhalters“, Herrn Gilmann, der den Muth gezeigt, der Polizei die Spitze zu bieten, aufgefordert hat, schließt die in musterhafter Weise verlaufene Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. — Der Ueberreicht der Zellerfassung wurde mit 1,25 M. dem „Volksblatt“ überwiesen.

In Landsberg a. M. fand am 9. März eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Koopmann (Berlin) einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Unsere wirtschaftliche Lage“ hielt. Eine lebhaft diskutierte schloß sich dem an, die anwesenden Gegner (Antifeministen), welche bisher zum größten Theil die Schuld trugen, daß 12 von 17 stattgefundenen Versammlungen der Auflösung verfielen, hatten trotz wiederholter Aufforderung nicht den Muth, die vorgüglichen Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Des weitern erstattete Genosse Koch den Rechenschafts-Bericht als Vertrauensmann des Kreises. Es ergab sich eine Einnahme von 1801,92 von 65,85 M., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 71,35 M. Für das Jahr 1892/93 beträgt die Einnahme 200 M. Hierauf wurde Genosse Koch wieder zum Vertrauensmann gewählt. Ferner wählte die Versammlung drei Genossen als Komitee zur Reisezeit. Vor Schluß der Versammlung erwähnte Genosse Koopmann noch, für eine rege Agitation einzutreten und diese im besonderen in der Umgegend zu entfalten, damit schon bei Zeiten dafür gesorgt wird, daß der

jetzige Vertreter des Wahlkreises seine wohlverdiente Ruhe genießen kann. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihren Schluß. Unter den Klängen der Arbeiter-Marschmusik verließen die Genossen den Saal.

Zur Einführung der Schutzmarke der Tabakindustrie wird gegenwärtig von seiten der organisierten Tabakarbeiter eine lebhaft und aller Voraussicht nach erfolgreiche Agitation betrieben. Ueber die gute Aufnahme, welche die Propaganda in der Provinz Brandenburg gefunden, sind die Leser des „Vorwärts“ erst kürzlich durch einen längeren Situationsbericht unterrichtet worden, desgleichen ist bekannt, daß vielfach in Berliner Partei- und Gewerkschafts-Versammlungen auf die Bestrebungen, welche die Tabakarbeiter mit der Schutzmarke verfolgen, hingewiesen worden ist. Heute liegt uns ein weiterer Bericht vor, aus welchem hervorgeht, daß auch in Kiel, Neumünster und Lübeck Volksversammlungen stattgefunden haben, in denen Genosse A. v. Elm aus Hamburg über die Bedeutung des erwähnten Kampfmittels mit einem Erfolg referirte, der zu der Annahme berechtigt, daß die Genossen die für eine Verbesserung ihrer überaus traurigen Lage kämpfenden Tabakarbeiter kräftig und nachhaltig unterstützen werden. Zur Agitation für die Schutzmarke wurden in allen Versammlungen eine aus Tabak- und anderen Arbeitern zusammengesetzte Kommission gewählt und sand überall folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Versammlung spricht den organisierten Tabakarbeitern ihre volle Sympathie aus für ihr mannhaftes Eintreten zur Verbesserung der traurigen Lage der Tabakarbeiter. Diefelbe anerkennt, daß gegenüber den schlimmen Mißständen im Tabakarbeiter-Gewerbe und den Versuchen der Zigarrenfabrikanten Deutschlands, die Tabakarbeiter immer tiefer hinabzudrücken in ihrer Lebenshaltung, die Organisation derselben durch Maßregelungen und Ausschlässe zu zerlören, die Einführung der Schutzmarke der Tabakindustrie eine Nothwendigkeit ist. Die Teilnehmer der heutigen Versammlung erklären deshalb, nur mit Schutzmarke versehenen Waaren zu kaufen und die Agitation für den Absatz von Zigarren mit Schutzmarke in ihren Kreisen aufs Energischste fördern zu wollen.“

Geselliger Verein der Kassirer und Fernfugenen. Donnerstag, den 16. März, Abends 9 Uhr, bei Herrmann, Elisabethstr. 30: Sitzung mit Damen. Aufnahme. Fidelitas.

Lehrkursus der Berliner Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, bei Holz, Alte Jakobstr. 75: Vortrag des Herrn Dr. Geißler.

Gesellige Versammlungen für Frauen und Männer. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Schneider's Gesellschaftshaus, Westertorstr. 15. Am Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in Witten's Brauerei, Turmstr. 26. Am Sonntag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in Cape's Lokal, Bahstr. 28. In allen Versammlungen: Die Cholera in Hamburg.

Verband deutscher Arbeiter, Friseur- und Friseurinnen-Vereine. Freitag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in der Kassenstr. 10: Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 16. März, Abends 10 Uhr, Kassenstr. 10.

Größe öffentliche Versammlung der Schmiede Berlin. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Densel's Salon, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstr. Tagesordnung: Die Antwort der Gewerbedeputation auf unsere Behauptung über den Arbeitsschmerz.

Genossener, Pader- und Fernfugenen. Heute große öffentliche Versammlung bei Holz, Alte Jakobstr. 75. Vortrag des Genossen Rudolf Köhler. Die Partier Kommissio von 1871. Wahl eines Vertrauensmannes.

Genossener, Verein für Eisenbahner. Generalkonferenz am Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant Zettendorfer, Wallstr. 91, Ecke Neue Grünstraße.

Naturheilverein 2. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in den Krantaballen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Volter Veltmar gegen Einführung des Seuchengesetzes.

## Vermischtes.

Zum Kampfe der Schule gegen die Sozialdemokratie brachte kürzlich die Magdeburger „Volksstimme“ einen ergötzlichen Beitrag aus einer Magdeburger Mädchenschule:

Szene: Die vierte Mädchenklasse einer vorstädtischen Bürgerschule. Zeit: Naturgeschichtliche Unterrichtsstunde. Die Lehrerin tritt auf und hält einen Vortrag, der hier nach dem Berichte eines Genossen wiedergegeben ist:

„Heute wollen wir einmal den Schmetterling und die Grille besprechen, bitte hübsch Acht zu geben!“

Der Schmetterling sowohl als die Grille sind von Gott erschaffen und in die Welt gesetzt.

Der Schmetterling mit seinem von Gott ihm verliehenen bunten Kleide flattert von Blume zu Blume und scheut nicht den erwärmenden Sonnenstrahl, er ist fortwährend thätig und bemüht, Neues und Schönes aufzufinden.

Die Grille dagegen ist mit einem schmutzigen, grauen Kleide versehen, sie verdirgt sich vor dem Lichte der Welt, hält sich in dunklen Gebüsch und Sträuchern auf und schreit von hier aus unheimlich in die Welt. (1)

Die Schmetterlinge gleichen den wohlhabenden, gut gekleideten, auf Kleinlichkeit und Sauberkeit haltenden Menschen, welche stets bemüht sind, etwas Neues und Schönes zum Ruhm der Menschheit zu erfinden und mit Gottes Hilfe zu schaffen.

Die Grillen dagegen gleichen den schmutzigen ungründlichen Arbeitern, welche am liebsten an schmutzigen und dunklen Orten weilen, nicht mehr thun, als zu ihrer dürftigen Ernährung und schmutzigen Existenz erforderlich ist und lieber ihre Unzufriedenheit laut in die Welt hinausrufen.

Beispiel: Ein Fabrikherr gleicht dem Schmetterling, er hält sich sehr reinlich, trägt gute Kleider, fährt in Kutschen u. s. w., weil er das muß und es durch die göttliche Ordnung so bestimmt ist; dafür ist er aber auch fortwährend bemüht, Neues zu schaffen, er hat viele Sorgen, wie er das Eisen, die Kohlen und vor Allem das viele Geld für die Arbeiter beschafft; er ist deshalb aber nicht unzufrieden, hält sich nicht an schmutzigen Orten auf und schreit vor Allem nicht so laut in die Welt hinaus, wodurch die göttliche Ordnung gefährdet werden könnte.

Die Arbeiter aber gleichen den Grillen, sie haben gar keine Sorgen und brauchen sich auch keine zu machen, denn für sie muß ja der Fabrikant sorgen. Sie arbeiten aber auch nur so viel, als zu ihrer Erhaltung nöthig ist, dafür bezahlt sie der Fabrikant reichlich, womit sie sich einrichten könnten, wenn sie wollten. Obgleich sie nun gar keine Sorgen haben, hören sie doch nicht auf, ihr häßliches Geschrei ertönen zu lassen. Sie sind auch wie die bösen Suben, welche hinter dem lieben Schmetterling einherjagen, ihn erschaffen und zu vernichten drohen, nur seines bunten, hübschen und besseren Kleides wegen.“

Da soll noch einer sagen, daß unsere Gegner keine geistigen Waffen hätten! Was ist Richter's „Spar-Agnes“, was sind seine „Vrelehen“ gegen die Wucht der Worte dieses Magdeburger Blautrompfer's!

Ueber den vierfachen Mord in Salmösdorf bei München wird gemeldet, daß am Dienstag Abend in einem dortigen Wirthshaus ein Wursche von München, als des vierfachen Raubmordes verdächtig, verhaftet worden ist. Das Signalement stimmt zu dem Wurschen, welcher, in der Brandnacht eilig von Salmösdorf kommend, durch Felslöcher seinen Weg nahm und auf die Daltruse nicht achtete. Er will für ein Münchener Geschäft Stroheinkäufe gemacht haben. Nach Angabe der Verwandten der Ermordeten dürfte der Mörder nur die Sparasse der Töchter, circa 50 Mark, gefunden haben. Die angebliche Verhaftung dreier Schreiner ist Erfindung.

Ueber den neulich erwähnten Zentrum's-Tugendbold schreibt das „Bayerische Vaterland“: Von Berlin aus hat man die zentrumsmäßige — Unvorsichtigkeit bezangen, die unheimlichen Mittheilungen über die — Kinderei des frommen Reichstags-Abgeordneten des Zentrums als eine „elende Verleumdung“ und „verfälschte Erpressung“ zu erklären, mit der beigefügten captatio benevolentiae, daß „M. Post“ und „Bild.“ ja davon nichts wissen konnten.“ Der Zentrumsdeputatus und das „Ftbl.“ hätten aber weit besser gethan, von der — Kinderei überhaupt und insbesondere von „Verleumdung“ und „Erpressung“

klüglich zu schweigen und so die centralpatriotische Unschuld vom Lande als ein „Opfer der Verleumdung dieses Sigl“ erscheinen zu lassen, was gewisse geistliche Beschüher dieses reinen Engels des Zentrums schon wieder fertig gebracht hätten. Einzuweilen antwortet die „M. Post“, daß sie allerdings „davon“ etwas weiß und zwar mehr, als für die Heiligen und Scheinheiligen vom Zentrum gut ist. Die „Post“ will noch nicht jede Rücksicht auf den centralpatriotischen „Vertheidiger der Ehe und Familie“ fallen lassen, sieht sich aber gezwungen, ihre als „haltlose hämische Verdächtigungen“ hingestellte Mittheilungen über den frommen Zentrumsmann „näher zu substantiiren“. Das Ergebnis mit seiner zur Mutter gemachten ehemaligen Kellnerin ist nämlich keine Erfindung, nachdem er derselben bereits 500 M. Schweinegeld gegeben und weitere 500 Mark versprochen hat, die er nun nicht zahlen will und ersparen zu können hofft, weil das Kind kränzlich ist und vielleicht bald sterben kann. Item hat der fromme Zentrumsdeputatus seiner geliebten Kellnerin eine Urkunde zur Unterschrift vorgelegt, in welcher sie erklären soll, daß nicht er, der heutige Deputatus, sondern ein anderer der Vater zu dem Kindelein sei; wenn sie diese Urkunde unterschreibt, so solle sie 100 M. Extrabelohnung erhalten, eine Zumuthung, die zwar nicht echt-katholisch, dafür aber echt centralpatriotisch ist. Im übrigen ist nicht nur eine Reihe von Zeugen vorhanden, welche den Umgang des frommen Ehe- und Zentrumsmanns mit dem geliebten Mädchen bezeugen, sondern dieser leugnet ihn auch selbst nicht; nur der Vater zu dem Kindelein möchte er nicht sein! (In diesem Falle kann nämlich seine Frau nicht bloß mit Erfolg auf Scheidung klagen, sondern auch das eingebrachte große Vermögen sich wieder herauszahlen lassen, und dann ist der Deputatus futsch, ganz futsch.) Das mag einwilligen dem frommen Schilling gewisser zentrumsbegeisterter geistlicher Herren genügen, aber auch dem „Ftbl.“, das nun schwerlich mehr behaupten wird, daß wir „die Ehre eines Abgeordneten grundlos in den Roth gezogen haben“. Uns kann es auch genügen, um dem arg gebrannten Herrn, seinen Beschüher und Wählern und dem Zentrum hochachtungsvoll ergeben zu — fondoliren. Denn wir sind gerächt! — Im Uebrigen meinen wir, wenn man einmal, wie im Biede heißt, in der Liebe „allzu glücklich war“ — denn wie Figura zeigt, kann so was selbst einem frommen Centralpatrioten passiren! — so läßt ein Mann das arme Mädchen nicht im Stich, sondern thut, was seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. — Und solche — Tugendbolde wollen eine lex Heinze machen helfen!“

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 15. März. Die von der österreichischen Arbeiterschaft vergangene Nacht in den hiesigen Sofienfällen abgehaltene Erinnerungsfest anlässlich des Todesstages Karl Marx war äußerst zahlreich besucht und ist in größter Ordnung verlaufen. Nach einem Vortrage des Chores hielt Leuthner die Festrede, in welcher er Karl Marx als Lehrer pries. Dessen Lehren hätten die Arbeiter von dem Bourtheile der Bourgeoisie abgebracht, welche ihre Rechtsanschauungen aus dem verwehorenen Dunkel des Naturrechts vergangener Zeitepoche ableite. Darum werde man die Arbeiterschaft auch nie mehr im Gefolge irgend einer reaktionären Partei erblicken. Hierauf sprach Doktor Adler, welcher Karl Marx als den Vorläufer und als den Schöpfer der internationalen Sozialdemokratie pries. Meiner gedachte ferner der Todten des Jahres 1848 und der Opfer der Julirevolution und schloß mit dem Rufe: „Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“ Sodann wurde die Abspendung eines Beglückwünschungstelegramms an Engels beschlossen.

Chicago, 14. März. Die Generaldirektoren der hier einmündenden 32 Eisenbahnen haben beschlossen, alle durch den angeklündigten Streik der Weichensteller entstehenden Verluste pro rata ihrer Betriebskosten gleichmäßig zu tragen. Wenn der Streik nur auf einzelnen Linien ausbrechen sollte, so partizipiren die Anderen an den entstehenden Verlusten. Die Zahl der Weichensteller beträgt etwa 2000. Das Komitee derselben wird sich binnen kurzer Zeit über den Streik schlüssig machen.

## Briefkasten der Redaktion.

N. P., Berlin. Sie erkundigen sich nach dem Ursprunge des Herrn v. Stephan's schmückenden Beinamens: „Der Auerhahnküh“. Das dem Generalpostmeister sehr zum Dank verpflichtete offizielle Wolff'sche Telegraphenbureau hat vor etwa Jahresfrist neben anderen Haupt- und Staatsaktionen auch die Nachricht in alle Welt gebracht, daß Stephan, der nicht bloß ein schlechter Reimschmied, sondern auch ein trauriger Waldmann ist, irgendwo einen baldigen Ueberbarn geschossen habe. Sie können selbst ermögen, von wem hervorgehoben Wichtigkeit für den Gang der europäischen Staatsgeschäfte, ja für das Schicksal unseres Erdrund's dieser Weiserschuh gewesen ist. Ob Herr von Stephan auch Böcke schießt, fragen Sie. Lesen Sie doch die Reichstags-Verhandlungen vom 3., 4. und 6. März d. Js., Sie kleiner Schäfer, Sie!

Aug. Wertens. Der Zustände in der Schmiedeherde werden wir in dem Bericht über die Donnerlags-Versammlung erwähnen.

Ein Gut ist am Montag Abend auf der Redaktion des „Vorwärts“ verkauft worden. Der Verkaufer wird gebeten, ihn baldigst wieder zurückzubringen.

„Genossen vom Heinrichsplatz.“ Dunkel ist Eurer Rede Sinn. Was mißfällt Euch denn an dem Inserat?

L. S. 100. Auf Ihre Anfrage wurden und genannt: Die Zentral-Krankenkasse für Frauen und Mädchen Deutschlands zu Offenbach a. M. (Eing. Hilfskasse Nr. 26) (näheres bei Fr. Grünwald, Prinzen-Allee 27); der Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen. Vorf.: Friedr. Freudenreich, Reichbergerstr. 3 Q. 3 Tr., Rentant: Otto Köppen, Gitschinerstr. 109, Laden.

N. S. 99. Sie müssen beim Festungs-Kommando darum nachsuchen; ob dasselbe es gestattet, können wir nicht wissen. Die Praxis ist verschieden.

N. A., Frankfurterstr. Die Benennung eines bestimmten Spezialartzes wäre eine Reklame für diesen, die wir grundsätzlich vermeiden.

F. C., Rummelsburg. Der sozialdemokratischen Partei gehört das betreffende Mißblatt jedenfalls nicht an.

G. M., Köpenick. Wir haben keinen Anlaß, der Vergangenheit des Mannes nachzuspüren.

S. G. So sehr wir Vorkommnisse, wie die von Ihnen mitgetheilten, verurtheilen und bedauern, so begreiflich sind uns dieselben. Sie sind auch noch Nachwirkungen der Zeit des Sozialistengesetzes, in der man die Arbeiter außerhalb des Rechtes stellte und sie den Einwirkungen der Sozialdemokratie entgegen wollte. Letzteres ist insofern erreicht, als in einer ganzen Anzahl von Arbeitern fast aller anderen Empfindungen nur Trost und Haß wachgeblieben sind. Es ist das die Rekehrseite der „Schneidigkeit“, die sich in den oberen Klassen in der brutalsten Gemeinheit offenbart und selbst im Parlament unter Junkern und Industriebaronen in unmenschlicher Weise zum Ausdruck gelangt. Die Robheit, die Sie schildern, kommt doch ausnahmsweise vor und trifft das Gros der Arbeiter nicht, an allerwenigsten aber die in der Schule der Sozialdemokratie aufgewachsenen. Ein junges Mädchen, die sich in einem Koupee allein unter einer Schaar „gebildeter“ Weibemänner befindet, kann noch schlimmeres erfahren. Die ungebildeten Strolche sind nur ein Abbild der gebildeten Strolche.